



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Gesundheit

Parlamentarisches Begleitgremium Covid-19-Pandemie

Wortprotokoll der 20. Sitzung

Parlamentarisches Begleitgremium Covid-19-Pandemie

Berlin, den 1. Juli 2021, 10:30 Uhr
als Kombination aus Präsenzsitzung (Paul-Löbe-Haus, Saal E 300) und Webex-Meeting*. *Die Zugangsdaten zum Webex-Meeting werden an den entsprechenden Teilnehmerkreis versandt.

Vorsitz: Rudolf Henke, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 4

Lernen und Lehren während der Pandemie

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Albani, Stephan Heilmann, Thomas Henke, Rudolf Lenz, Dr. Andreas Rief, Josef Warken, Nina Weinberg (Hamburg), Marcus	Helfrich, Mark Körber, Carsten Landgraf, Katharina Monstadt, Dietrich Müller, Axel Rupprecht, Albert Weiß (Emmendingen), Peter
SPD	Fahimi, Yasmin Hartmann, Sebastian Mattheis, Hilde Poschmann, Sabine Stadler, Svenja	Budde, Katrin Özdemir (Duisburg), Mahmut Rawert, Mechthild Schmidt (Wetzlar), Dagmar Yüksel, Gülistan
AfD	Münzenmaier, Sebastian Peterka, Tobias Matthias Schlund, Dr. Robby	Oehme, Ulrich Schneider, Jörg Wirth, Dr. Christian
FDP	Helling-Plahr, Katrin Houben, Reinhard	Höferlin, Manuel Westig, Nicole
DIE LINKE.	Kipping, Katja Löttsch, Dr. Gesine	Jelpke, Ulla Müller (Potsdam), Norbert
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dahmen, Dr. Janosch Schulz-Asche, Kordula	Brantner, Dr. Franziska Rottmann, Dr. Manuela



Die Anwesenheitslisten liegen dem Originalprotokoll bei.



Tagesordnungspunkt

Lernen und Lehren während der Pandemie

Der **Vorsitzende**, Abg. **Rudolf Henke** (CDU/CSU): Einen schönen guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, sehr verehrte Sachverständige, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich, dass aus dem Bundesministerium für Gesundheit die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Sabine Weiss zugeschaltet ist, und begrüße Sie alle sehr herzlich zu dieser 20. Sitzung. Diesmal als öffentliche Anhörung des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie, wie immer in einer Mischung aus Präsenzsitzung in Berlin in den Räumen des Deutschen Bundestages und Online-Meeting mit den Sachverständigen. Vorab möchte ich die Sachverständigen und alle anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die per Webex zugeschaltet sind, bitten, sich mit Ihrem Namen anzumelden, sodass Ihre Teilnahme für uns erkennbar ist und Sie so auch mit Namen zu sehen sind, wenn Sie ins Bild kommen. Zum weiteren Verfahren komme ich dann gleich. In der heutigen Anhörung geht es um das wichtige Thema „Lernen und Lehren während der Pandemie“ in Kita, Schule, Uni. Die Corona-Pandemie hat in Folge von Schul- und Universitätsschließungen, digitalem Unterricht oder Wechselunterricht eine Ausnahmesituation sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte zur Folge gehabt. Sie alle mussten sich neuen und so nicht vorhersehbaren Herausforderungen stellen und waren mit neuen und gerade zu Beginn gewöhnungsbedürftigen und auch schwierig funktionierenden digitalen Lernplattformen konfrontiert. Lehrkräfte waren mit der Möglichkeit einer Infizierung in der Schule konfrontiert, haben davor Sorge gehabt, haben sich oftmals überfordert gefühlt. Schülerinnen und Schülern fehlten durch die Schulschließungen soziale Kontakte und das zum Lernen motivierende Umfeld. Lehrkräfte mussten sich mit digitalem Lehren auseinandersetzen. Vielen Schülerinnen und Schülern aus Familien auf der Schattenseite der Gesellschaft fehlte die entsprechende Technik und es fehlte häufig auch die Unterstützung durch die Eltern. Bildung ist zwar Ländersache, gleichwohl wollen wir heute über Fragen sprechen, wie etwa die Folgen des Schulausfalls, die Konsequenzen daraus, die Konsequenzen

des Homeschoolings für die Kinder, für die Familien. Wie groß schätzen wir den schulischen Nachholbedarf ein, wie das Versäumte wieder aufgeholt werden kann? Geht es dabei nur um die Unterrichtsinhalte oder auch um andere Elemente des Bildungsprozesses? Wie können Lehrkräfte möglichst gut auf diese Anforderungen vorbereitet werden? Wir sind in einer Zeit, in der inzwischen die Delta-Variante dabei ist, die Mehrheit der niedrigen Infektionszahlen zu übernehmen. In dem Coronavirus-Update, das der NDR am 29. Juni 2021 ausgestrahlt hat, hat Frau Ciesek ein Beispiel eines relativ großen Delta-Ausbruchs in Frankfurt geschildert. Dieser fing an einer Schule an, breitete sich dann weiter aus. So waren in der Stadt Frankfurt über zehn Prozent der Neuinfektionen aus ganz Deutschland in der einen Stadt. Sie hat in dem Zusammenhang in Erinnerung gerufen, dass bei der Alpha-Variante 7,9 Prozent und bei der Delta-Variante 10,7 Prozent Secondary-Attack-Rates da sind. Das heißt, die Kontaktpersonen stellen ein Risiko dar. Sie hat gefordert, dass wir schneller werden müssen. Delta verzeiht, so Frau Ciesek, noch weniger als die anderen Varianten, wenn man nicht schnell genug handelt. Zum Beispiel wenn man einen Fall in einer Schulklasse mit Delta hat, dann sollte man nicht eine halbe Woche warten oder Nachtstunden zu spät machen, weil das dazu führt, dass bei einer infektiöseren Variante die unbemerkte weitere Ausbreitung sehr schnell ist. Dann können Kinder, die in dem Moment nicht erkrankt sind, aber vielleicht schon infektiös oder schon infiziert sind, die Infektion in ihre Familien oder in die Sportclubs tragen oder auch zu ihren Freunden. Das ist unser Thema von heute. Aktuell ist die Vorlage eines gemeinsamen Berichts des Bundesgesundheitsministeriums und des Bundesfamilienministeriums zur gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie. Ich zitiere den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn: „Um Schulen und Kitas nach dem Sommer im Normalbetrieb zu öffnen, müssen Länder und Kommunen die Urlaubszeit in diesem Jahr besser zur Vorbereitung nutzen. Die notwendigen Werkzeuge wie Testen, Impfen, Lüften oder Filteranlagen sind alle da. Sie müssen nun in klugen Konzepten umgesetzt und gelebt werden.“ Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat auf das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ hingewiesen und hat es als gut bezeichnet, dass sich die



Länder ab Herbst zum Präsenzunterricht unter Einhaltung von Schutzmaßnahmen bekannt haben. Sie hat auch darauf hingewiesen, dass der gemeinsame Bericht neben der baulichen Ausstattung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen die begleitenden Hygienemaßnahmen und Teststrategien evidenzbasiert weiterentwickelt sehen möchte. Diese und weitere Fragen wollen wir heute mit Ihnen, sehr geehrte Sachverständige, diskutieren. Bevor wir damit beginnen, kurz ein paar Erläuterungen zu dem Ablauf der Anhörung. Wir haben insgesamt 90 Minuten Zeit. Diese 90 Minuten werden nach einem komplexen und schwierigen, aber sehr gerechten und die kleineren Fraktionen begünstigenden Schlüssel auf die Fraktionen verteilt. Ich rufe die Fraktionen in einer festgelegten Reihenfolge auf. Wir haben insgesamt 16 Fragenblöcke von vier bis sieben Minuten Dauer. Das jeweilige Zeitkontingent kann nicht überschritten werden, aber wer Zeit einspart, der kann sie auf spätere Fragerunden verschieben. Im Rahmen des Minutenkontingents kann die aufgerufene Fraktion so viele Fragen stellen, wie sie möchte und wie es die Antworten der Sachverständigen zulassen, denn das Zeitkontingent umfasst sowohl die Fragen als auch die Antworten. Ich darf deswegen alle bitten, sich möglichst kurz zu fassen, damit möglichst viele Fragen gestellt und beantwortet werden können. Bitte denken Sie als Sachverständige vor der Beantwortung der Fragen daran, ihr Mikrofon und ihre Kamera einzuschalten. Sobald Sie Ihren Redebeitrag beginnen, sind Sie für uns auf einem Videowürfel im Saal zu sehen und zu hören, gleichzeitig dann auch für die Zuschauer der Live-Übertragung im Parlamentsfernsehen. Im Nachgang wird ein Wortprotokoll auf die Internetseite des Ausschusses gestellt. Das setzt allerdings eine gewisse Vorbereitung voraus, mehrere Lektorate. Danke den Sachverständigen, die schon jetzt eine schriftliche Stellungnahme eingereicht haben. Ich glaube, dass wir jetzt mit den Fragerunden der Fraktionen starten können. Es beginnt die Fraktion der CDU/CSU mit insgesamt sieben Minuten Fragezeit in dieser ersten Runde und das Wort hat die Obfrau der Fraktion in dem Pandemie-Begleitgremium, Frau Kollegin Warken.

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Guten Morgen in die Runde und herzlichen Dank an alle Sachverständigen im Namen unserer Fraktion, dass Sie heute zur Verfügung stehen. Meine erste Frage geht an Herrn Prof. Dittmer vom Universitätsklinikum

Essen. Der Vorsitzende hat es gerade gestreift, einige Landesregierungen haben aufgrund der stark gesunkenen Fallzahlen die Lockerungen auch an Schulen beschlossen. Dazu gehören die Aufhebung der Maskenpflicht im Unterricht und eine reduzierte Testpflicht. Wie ist Ihre Einschätzung zu diesem Vorgehen, gerade vor der aktuellen Pandemieentwicklung und der Verbreitung der doch auch Besorgnis erregenden Virusvarianten? Welche Maßnahmen würden Sie für sinnvoll erachten im Hinblick darauf, dass wir nach den Sommerferien möglichst wenig Schulschließungen sowie möglichst wenig Restriktion in dem Bereich haben wollen? Welche Maßnahmen müssen an Kitas und Schulen getroffen werden?

ESV **Prof. Dr. Ulf Dittmer** (Direktor Institut für Virologie, Universitätsklinikum Essen): Guten Morgen, erstmal vielen Dank für die Einladung und diese Frage. Ich hoffe, das Hintergrundgeräusch bei mir – im Labor nebenan wird gebohrt – stört nicht all zu sehr. Es gibt immer mehr Lockerungen, wie wir auch in Schulbetrieben an der einen oder anderen Stelle sehen. Tatsächlich halte ich wenig davon, den Mund- und Nasenschutz in geschlossenen Räumen in Schulen abzuschaffen. Ich glaube nicht, dass das eine gute Idee ist. Zwar haben wir sinkende Inzidenzwerte, das bedeutet aber nicht, dass es einzelne Infektionen auch in der Schule geben kann. Wir sehen in England und in Deutschland, dass einzelne Infektionen zu großen Infektionsketten führen können. Die Teststrategie, die sicherlich in Deutschland und europaweit fast einmalig war und auch mit zu diesen niedrigen Inzidenzwerten beigetragen hat, die wir jetzt haben, ist weiterhin wichtig an den Schulen und in allen geschlossenen Räumen ist für mich der Mund- und Nasenschutz weiterhin genauso wichtig. Diese Maßnahmen sollten wir unbedingt weiterführen. Es gibt eine S3-Leitlinie für die Schulen und die Kitas. Diese S3-Leitlinie sollte weiterhin nach Möglichkeit umgesetzt werden. Da brauchen einige Schulen Hilfe, denn das haben sie in der Vergangenheit teilweise nicht gut durchführen können. Diese S3-Leitlinie gibt alles vor, außer dem Testkonzept, welches nicht enthalten ist, was wir in der Zukunft und auch nach den Sommerferien brauchen werden.



Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Dann würde ich meine nächste Frage, die in eine ähnliche Richtung geht, an Herrn Dr. Rodeck stellen. Meine Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, dass wir gemeinsam mit den Bundesländern darauf hinarbeiten wollen, dass wir nach den Sommerferien wieder regulären Präsenzunterricht bekommen. Wie sind denn Ihre Empfehlungen zur Umsetzung dieses Ziels?

ESV PD Dr. **Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Vielen Dank für die Einladung und für die Frage. Zunächst einmal sehr klar, ja. Wir plädieren eindeutig für Präsenzunterricht und würden Schulschließungen nur als allerletzte Option zur Bekämpfung einer neuen Welle in Betracht ziehen wollen. Ich verweise auch in diesem Zusammenhang nochmal auf die S3-Leitlinie, die Herr Prof. Dittmer gerade schon genannt hat. Diese ist unter der Federführung der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin erschienen. Es wird in sehr überschaubarer Zeit eine Aktualisierung dieser Leitlinie geben. Im Herbst wird eine Langfassung kommen, wo auch Testkonzepte eingebaut werden. Präsenzunterricht sollten wir auf jeden Fall anstreben. Zweite Antwort auf die erste Frage, die Sie an Herrn Dittmer gestellt haben: Masken tragen in Schulen exakt nach den Empfehlungen, die in der S3-Leitlinie ausgesprochen worden sind. Ein Wort noch zu dieser S3-Leitlinie. Das ist eine evidenzbasierte Leitlinie, da geht es nicht um die Meinung von Experte A oder B, sondern das ist eine konsentrierte Empfehlung von 40 verschiedenen Fachgesellschaften, Verbänden und Organisationen, unter anderem dem RKI (Robert Koch-Institut).

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Gut, dann würde ich nochmal bei Herrn Rodeck anschließen. Glücklicherweise sind Kinder und Jugendliche immer noch eher selten betroffen, aber auch da nimmt der Anteil an Infektionen zu. Welche Symptome sind bei diesen Personengruppen bei den Infektionen bekannt und wie ist Ihre Einschätzung zur Rolle der Kinder bei der Ausbreitung des Corona-Virus?

ESV PD Dr. **Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Da können wir mittlerweile auf eine große, internationale Datenlage zurückgreifen, aber

auch auf eine Datenlage aus Deutschland. Vom RKI entsprechend bestätigt ist die klinische Symptomatologie einer COVID-19-Infektion bei Kindern, die, je jünger diese Kinder sind, umso geringer ausfällt. Wir gehen davon aus, dass ein Großteil dieser Kinder asymptomatisch erkranken, also gar nicht als klinische Fälle erfasst werden. Es gibt wenige Ausnahmen. Es gibt einmal das sogenannte PIMS (Pädiatrisches Inflammatorisches Multiorgan-Syndrom), welches in der Presse sehr hoch gehandelt wird. Das ist nach den Daten, die wir von der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie erfasst haben, insgesamt bei 368 Kindern mit Stichtag 27. Juni 2021 aufgetreten. Wenn Sie diese 368 Kinder betrachten, ist das natürlich eine verschwindend geringe Anzahl, die wirklich schwerer an COVID-19 erkrankt. Die Sterberate ist extrem niedrig, die Heilungschancen sind sehr gut, wenn dieses Syndrom früh genug erkannt wird. Wir sehen daher für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen keine primäre hohe Krankheitslast, weder was Morbidität, also Krankheitsschwere angeht, noch was die Komplikationsrate angeht, noch was die Sterberate angeht.

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Und die Frage zur Einschätzung der Rolle der Kinder bei der Ausbreitung?

ESV PD Dr. **Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Auch hier kann man sagen, dass die Rolle der Kinder bei der Ausbreitung eine begrenzte Rolle ist. Ja, sie nehmen am Infektionsgeschehen teil. Ja, sie können auch die Infektion weitergeben, aber anders als initial bei den ersten Schulschließungen hat sich das nicht bestätigt, dass Schulen Hotspots sind oder dass Kinder insgesamt in der Altersgruppe Treiber der Infektion sind. Sie nehmen teil im Rahmen der Inzidenzen, wie alle anderen auch, aber sie stehen nicht im Vordergrund.

Abg. **Hilde Mattheis** (SPD): Guten Morgen auch von meiner Seite in die Runde und herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Der Herr Vorsitzende hat den Bericht der beiden Ministerien zum Thema „Lage der Kinder in der Pandemie“ angesprochen. Meine Frage richtet sich daher an den Sachverständigen



vom Deutschen Kinderhilfswerk, Herrn Holger Hofmann und ebenfalls an den Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz, Herrn Dario Schramm. Welche genaueren Entwicklungsdefizite stellt man bei Kindern und vor allen Dingen auch Jugendlichen fest? Wenn Sie hinsichtlich des Berichtes ein Stück weit in die Tiefe gehen und anschließend auch beantworten, wie es sich auf Kinder im Kindergartenalter auswirkt?

ESV Holger Hofmann (Deutsches Kinderhilfswerk): Schönen guten Morgen, vielen Dank für die Einladung. Zur Frage der Entwicklungsdefizite: Wir müssten uns vergegenwärtigen, dass es in den Kindheitsphasen bestimmte Entwicklungsfenster gibt. Wir müssen bei Kindern feststellen, dass diese erstmal in gewisser Weise eine Auszeit genommen haben und wir damit rechnen müssen, dass sich bestimmte Fähigkeiten von Kindern nicht entwickeln können, wenn wir sie jetzt nicht schnell nachholen. Das heißt, wir kennen das alle beispielsweise vom Erwerb muttersprachlicher Kompetenz, dass Kinder diese in den ersten sechs Lebensjahren sehr schnell lernen. Danach ist es auch noch möglich, aber sehr schwierig. Ähnlich verhält es sich mit Fähigkeiten wie dem Einfühlungsvermögen, der Selbstkontrolle oder auch der Empathiefähigkeit. Das ist die psychologische Seite. Es gibt darüber hinaus noch das Thema Bewegung. Da wissen wir alle, was das bei den Kindern angerichtet hat, nämlich deutliche Bewegungsdefizite, die vorher auch schon ausgeprägt waren. Insofern gehen wir davon aus, dass sich im motorischen Bereich der Kinder Auswirkungen ergeben, da sich Bewegung auf eine Salutogenese der Kinder insgesamt auswirkt. Wir müssen damit rechnen, dass Kinder insgesamt instabiler werden durch diese Pandemie, auch wenn wir das aktuell nur daran feststellen, dass sie, wenn sie wieder an die Schule zurückkehren, etwas dicker sind und etwas unbehaglicher. Das alleine ist erstmal ein Symptom und die langfristigen Auswirkungen sind gravierender.

ESV Dario Schramm (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Auch einen guten Morgen von mir, vielen Dank für die Einladung. Ich habe gerade überlegt: Ich glaube, es sind zweierlei Paar Schuhe, wie man das beantworten muss. Einerseits müssen wir das Innenleben in der Schule sehen, da sehe ich gerade die Fünft- und Sechstklässler, die in

dem Zeitraum immer lernen, sich selbst zu strukturieren. Sie kommen gerade aus diesem Grundschulpflegebereich raus und lernen, wie muss ich mich selber auf Klausuren vorbereiten. Das ist der erste Bereich und ich glaube, dass da einige Defizite entstanden sind. Denn dieses Eingewöhnen auf eine weiterführende Schule zu gehen, zu bedenken, wie muss ich auf mich selber aufpassen, dass ich mich um meine eigenen Aufgaben kümmere, ist schwierig. Tatsächlich erlebe ich in diesem Bereich bei den 13- bis 15-Jährigen in diesem pubertären Bereich, was da alles fehlt. Das ist der Bereich, wo man abends unterwegs ist, auch soziale Kontakte pflegt, die ersten Erlebnisse hat. Das sind alles so Sachen, die hören sich banal an. Ich glaube manchmal, das wird oft unterschätzt. Vor der Pandemie hat man auch unterschätzt, was für ein wichtiger Teil das beim Erwachsenwerden von Jugendlichen ist. Erfahrungen sammeln, doch mal ein bisschen länger draußen bleiben, das hört sich alles sehr banal an. Ich glaube aber, dass das ein ganz wichtiger Teil des Reifeprozesses junger Mensch ist. Von daher glaube ich, dass man das als zweierlei Paar Schuhe sehen sollte.

Abg. Hilde Mattheis (SPD): Daran anschließend habe ich ebenfalls an die beiden Herren nochmal eine perspektivisch nach vorn gerichtete Frage. Wir haben das Aufholpaket auf den Weg gebracht, aber es mehren sich mittlerweile die Stimmen, dass das nicht reicht. Ich glaube auch, dass das nicht reicht. Geben Sie uns doch ein paar Hinweise, in welchem Zusammenhang man von Länderseite und auch von Bundesseite sowie von kommunaler Seite die Unterstützung gerade für Kinder und Jugendliche noch intensivieren sollte.

ESV Holger Hofmann (Deutsches Kinderhilfswerk): Ich will mich kurzfassen: Ich habe es auch in meiner Stellungnahme deutlich ausgeführt. Auf der einen Seite müssen wir an eine Schulbauoffensive denken. In dieser sollten wir berücksichtigen, grundlegende Maßstäbe zu entwickeln, wie zum Beispiel den Hygieneschutz. Es braucht die Seifenspender in den Toiletten. Es fehlt wirklich an den grundlegenden Dingen wie den Lüftungsgeräten, die auch vielerorts noch immer nicht vorhanden sind. Es braucht die Möglichkeit, die Fenster zu öffnen. Und auf der anderen Seite, Sie sprechen das Aufholpaket an, das war sicherlich ein erster



Schritt, muss aber eine Nachhaltigkeit in die Sache. Das muss auch von der Investition her nochmal deutlicher werden. Da wird es leider teurer, da wir auch an das Personal denken müssen. Wir brauchen eine Fachkräfteoffensive, denn das Wichtigste, was die Kinder jetzt brauchen, ist ein stabiles Geländer. Das gelingt über Beziehungsarbeit in den Schulen, in den Kitas, in der Jugendarbeit. Das kann man nicht nur mit Projektarbeit ausgleichen, wie es in diesem Programm gefördert wird, sondern wir brauchen verstärktes Personal vor Ort, das sich um die Kinder kümmern kann.

ESV Dario Schramm (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Ich würde mich direkt anschließen und mich auch kurz halten. Ich glaube, dass wir uns vor allem mehr auf diese sozialen Komponenten fokussieren müssen. Das ist sicherlich die eine Hälfte des Aufholpakets. Dann müssen wir schauen, wie man Lernlücken ausgleichen kann. Ich möchte drauf hinweisen, dass wir da mehr Geld brauchen, da gebe ich Ihnen absolut Recht. Wenn wir uns angucken, was pro Kopf an Geld im Vergleich zu anderen europäischen Staaten vorgesehen ist, liegen wir schon weit hinten. Das ist das Erste. Zum Zweiten müssen wir die Schulsozialarbeit und viele andere Bereiche, Herr Hofmann hat es schon angesprochen, massiv ausbauen. Die Schulen machen nach den Sommerferien hoffentlich wieder vernünftig auf. Alle freuen sich, dass ein bisschen Normalität herrscht, und man vergisst, dass da 16 Monate im Hintergrund sind, über die erstmal gesprochen werden müsste. Denn der Redebedarf besteht. Wenn wir darüber reden, wie das Geld ausgegeben wird, sollten wir erst darüber reden, wo das Geld ausgegeben wird, denn wir haben jetzt in vielen Bundesländern die ersten Ferienbeginn. Da habe ich noch von keinem Bundesland gehört, dass die versprochenen Programme tatsächlich existieren.

Abg. **Tobias Matthias Peterka** (AfD): Ich hätte zunächst eine Frage an Herrn Dr. Schwab. Man hat in den vergangenen Anhörungen erfahren, dass Kinder durch die verschiedenen Varianten von COVID wahrscheinlich weit unterdurchschnittlich gefährdet sind. Wenn man sich das Kontaktverhalten anschaut, außer zu den Eltern, haben sie bei den Übertragungswegen in andere Bevölkerungsgruppen auch nicht sonderlich beigetragen, zumindest

nicht derart, wie es, meiner Meinung nach falsch, derzeit bewertet wird. Deswegen die Frage: Wie beurteilen Sie aus juristischer Sicht die Testpflicht an Schulen? Gerade wenn man bei manchen Schulen dazu übergeht, nicht nur Symptome zum Anlass zu nehmen, sondern in Schlangen Schüler sich morgens vor der Schule einzufinden haben, um sich durchtesten zu lassen. Wie sehen Sie diese Variante Massentest an den Schulen, anlasslos oder symptombedingt, aus juristischer Sicht? Wenn ich das jetzt auch gleich formulieren darf, eine Frage an Herrn Dr. Rodeck. Gibt es zu dieser Delta-Variante schon Erkenntnisse, wie Kinder darauf aus infektiöser Sicht oder aus symptomatischer Sicht reagieren? Es wurde auch proklamiert, dass die Delta-Variante extrem gefährlich sei. Wie ist das bei Kindern? Gibt es da andere Bewertungen vorzunehmen, als die bereits bei den bisherigen Varianten genannten?

ESV Prof. Dr. Martin Schwab (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Verfahrens- und Unternehmensrecht, Universität Bielefeld): Also die Testpflicht an den Schulen ist, so wie sie aktuell praktiziert wird, in mehrerer Hinsicht problematisch. Ich sehe Probleme im Datenschutz. Wenn ein Kind auf dem Schulgelände positiv getestet wird, ist das für alle anderen sichtbar. In dieser sehr aufgeheizten Atmosphäre bedeutet das sehr schnell eine Stigmatisierung. Mir ist nicht ersichtlich, wie man hier dem Grundsatz der Datenminimierung nach Datenschutz-Grundverordnung gerecht werden will. Ich weiß zwar, dass die Oberverwaltungsgerichte in Münster und in Bautzen das datenschutzrechtlich gebilligt haben, aber die datenschutzrechtlichen Ausführungen in beiden Entscheidungen sind deutlich defizitär. Dann halte ich es für problematisch, dass in meinen Augen die rechtlichen Vorgaben für Medizinprodukte nicht eingehalten werden. Denn bei symptomlosen Testungen bräuchten wir ein Medizinprodukt, das für solche symptomlosen Testungen vorgesehen und zugelassen ist. Ein Blick in die Beipackzettel zeigt uns, dass das nicht bei allen dieser Testsysteme der Fall ist. Gerade bei den Lolli-Tests, die eingesetzt werden, haben wir zumindest in Nordrhein-Westfalen Hinweise darauf, dass auch die CE-Kennzeichnung nicht ordnungsgemäß erfolgt ist und dass das Sterilisationsverfahren nicht ordnungsgemäß angegeben ist. Hier werden Produkte verwendet, die über keine ordnungsgemäße Zulassung verfügen. Das sind alles



Dinge, die nicht sein dürfen. Ich erinnere daran, die Schulpflicht steht im Gesetz. Ob man eine gesetzliche Pflicht und die Wahrnehmung dieses Rechts und der Pflicht auf den Schulbesuch durch eine Rechtsverordnung einschränken kann, die in der Normenhierarchie weiter unten steht, halte ich für äußerst zweifelhaft.

ESV PD Dr. Burkhard Rodeck (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Die Delta-Variante und Kinder: Wir wissen von der Delta-Variante durch Daten aus England, dass diese mittlerweile 91 Prozent der Virusinfektionen betrifft. Wir wissen bei der Delta-Variante, dass sie wahrscheinlich zu ca. 60 Prozent infektiöser ist als die anderen Varianten. Sie ist allerdings, was ihre Mortalität angeht, das heißt die Sterblichkeitsrate, eher unterhalb der anderen Varianten anzusiedeln, auch bei Erwachsenen. Das sind noch vorläufige Daten, aber es sind erste Daten, die in die Richtung gehen, dass die Delta-Variante hochinfektiös ist, aber möglicherweise nicht ganz so problematisch ist wie die Alpha-Variante oder andere Varianten. Für Kinder liegen auch aus England nur begrenzt Daten vor. Aber auch hier will ich einfach mal zitieren: „No Evidence of Increase in Hospital Numbers“, das heißt vermehrte stationäre Aufnahmen von Kindern infolge einer Delta-Virusinfektion sind in England nicht beobachtet worden. Die Beobachtungen, die wir hier in Deutschland haben, sind limitiert. Das nur kurz als Kommentar zu dem, was Sie, Herr Henke, anfangs aus Frankfurt berichtet haben. Ich bin immer vorsichtig mit den Alarmmeldungen aus Stadt X oder Y, die dann zum Beispiel in der Presse sehr gehypt werden und die öffentliche Meinung wie auch die politische Meinung beeinflussen. Man sollte hier abwarten, bis die Datenlage ausreichend ist, um auch die Gefährlichkeit der Delta-Variante bei Kindern beurteilen zu können.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann kommen wir zur nächsten Fragerunde bei der CDU/CSU-Fraktion, da stehen nun sechs Minuten zur Verfügung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Stephan Albani.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Rodeck. Wir haben uns im Bildungs- und Wissenschaftsausschuss sehr umfangreich mit den Arbeiten von Prof. Wagner von der Universität Wien bezüglich der Pilotprojekte in Österreich beschäftigt, die mit dem Einsatz von Gurgeltests und gepoolten PCR-Tests gute Erfahrungen gemacht haben. Aus diesen kann geschlossen werden, dass mit solchen Testverfahren bei geöffneten Schulen ein Beitrag zur Bekämpfung des Virus geleistet werden kann. Wie bewerten Sie den Vorschlag, dass wir geeignete, regelmäßige Pool-PCR-Tests an Schulen, Kitas und Einrichtungen der Kinderbetreuung und Kinder- und Jugendhilfe einsetzen, insbesondere durch eine höhere Frequenz dahingehend, dass der Grad in der Entwicklung pro individuellem Kind an dieser Stelle nachvollzogen werden kann?

ESV PD Dr. Burkhard Rodeck (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Vielen Dank für die Frage. Wir haben aktuell die Situation, dass wir die sogenannten Antigen-Schnelltests an den Schulen in Deutschland durchführen. Diese haben Limitationen, nicht nur die juristischen Limitationen, wie wir gerade gehört haben, auch medizinische Limitationen. Ihre Sensitivität liegt bei etwa 80 Prozent und die gilt für symptomatisch erkrankte Erwachsene. Das heißt, von zehn wirklich Infizierten erkenne ich acht. Die österreichischen Daten haben gezeigt, dass insbesondere bei jungen Kindern, die sehr häufig asymptomatisch erkranken, die Sensitivität dieser Testverfahren nur bei 20 Prozent liegt. Das heißt, von zehn positiv Erkrankten erkennen sie nur zwei. Damit ist das ein Testverfahren, welches problematisch ist. Goldstandard für Testungen im Bereich von COVID-19 sind PCR-Testungen. Die Pool-Testungen haben den großen Vorteil, dass, ich sage es mal ganz salopp, alle Schüler in einer Klasse in einen großen Becher spucken, das ist nicht sehr aufwändig und das kann auch jeder. Dann gibt es ein Stäbchen, mit welchem drin herumgerührt wird. Als nächstes wird von diesem gesamten gepoolten Testmaterial ein PCR-Test gemacht. Wenn der negativ ist, sind alle 20 in der Klasse negativ. Wenn der positiv ist, ok, dann muss ich die 20 natürlich nachtesten. Wenn ich aber berücksichtige, dass sowohl die Sensitivität als auch die Spezifität von antigenen Schnelltests bei wei-



tem nicht das darstellen, was sie eigentlich darstellen müssten – insbesondere bei sehr niedriger Inzidenzzahl bekomme ich eine hohe Zahl von falsch positiven antigenen Schnelltesten; diese werden dann im Nachtestverfahren PCR-basiert nicht bestätigt, müssen aber genauso wie alle anderen in Quarantäne, um die Zeit der Nachtestung abzuwarten – dann würden wir dazu tendieren, dass man in der Zukunft bei Kitas und in den Grundschulen die PCR-Pooltestung favorisiert und später auch in den Schulen.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Dann würde ich kurz eine Frage anschließen. Wenn Sie das so präferieren, dann wären entsprechende Infrastrukturen dafür aufzubauen und dergleichen mehr. Haben Sie eine Vorstellung, wie lange eine Einführung eines solchen flächendeckenden Vorgehens dauern würde?

ESV PD Dr. **Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Es gibt genug Projekte wie zum Beispiel das B-FAST-Projekt in Köln, wo sowas schon mal durchgesetzt worden ist. In Nordrhein-Westfalen werden an vielen Kitas auch Pool-Testungen gemacht, man kann sich das da anschauen. Aber Sie haben komplett Recht, das ist genau die Diskussion, die uns heute bewegt. Was muss in den Sommerferien aufgebaut werden und was muss realisiert werden, damit es nachher nicht holpert und stockt, sondern tatsächlich auch funktioniert? Auch bei den Antigen-Tests ist eine Prätest-Logistik aufgebaut worden sowie eine Posttest-Logistik. Ich muss in der Antigen-Schnelltestung PCR-Tests in einer sehr kurzen Zeit realisieren können, sonst macht das nicht viel Sinn. Dann wartet der Patient mit einem positiven Antigen-Schnelltest seine Quarantänezeit ab und am Schluss der Quarantänezeit bekommt er dann einen negativen PCR-Test. Diese Dinge müssen natürlich bedacht werden und müssen – wenn die Empfehlung dahin geht, Pooltests einzuführen – sehr schnell auch flächendeckend geprüft werden, was zum Beispiel für die Umsetzung notwendig ist und wie man das letztlich organisieren kann. Das ändert aber nichts an der Aussage, dass wir das favorisieren würden.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Herzlichen Dank für diese klare Aussage in diesem Punkt. Meine nächste Frage richtet sich an Frau Finnern von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Wie ist Ihre Einschätzung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche? Erachten Sie zusätzliche Förderbedarfe als notwendig, die derzeit diskutiert werden müssen, um den Schulstoff nachzuholen? Käme hier gegebenenfalls zusätzlicher Unterricht in Frage? Ist das realistisch realisierbar? Und wie stehen Sie zum Thema der Aussetzung von Leistungsüberprüfungen?

ESVe **Maïke Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Schülerinnen und Schüler in den Schulen sind zweigeteilt zu sehen, wie das vorhin auch schon deutlich geworden ist. Auf der einen Seite sind es die Auswirkungen, die im sozialen Bereich zu sehen sind, die Kontaktarmut, die fehlende Struktur im Tag oder die häufig fehlende Unterstützung zuhause. Das sind große Schwierigkeiten, die vor allen Dingen auch sehr unterschiedlich deutlich geworden sind. Diejenigen, die in Haushalten leben, die nicht so unterstützen konnten, wie man sich das wünscht, bei denen sind die Defizite sicherlich größer als bei denjenigen, die eine gute Unterstützung von zu Hause haben. Deswegen ist es wichtig, dass in die Schulen systemisch investiert wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass das zur Verfügung stehende Geld richtig ist, aber es muss systemisch investiert werden. Dass man jetzt sagt, Kinder und Jugendliche haben in bestimmten Fächern Defizite aufgebaut und bekommen in diesen bestimmten Fächern Nachhilfe oder zusätzlichen Förderunterricht, das reicht nicht aus. Das ist auch nichts, was als alleinige Maßnahme wirklich gut ist. Man muss in die Schulen investieren, denn da sitzen diejenigen, die am besten beurteilen können, wo genau die Lücken bei den Schülerinnen und Schülern sind, wo die Einzelnen wirklich Nachholbedarf haben. Die müssen bestärkt werden. Auch sollten kleine Gruppen mit zusätzlichem Personal entstehen, damit schnell aufgeholt werden kann. Da finde ich, muss das Geld hin.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Finnern. Vielleicht gibt es nachher noch eine Möglichkeit zur Vertiefung. Das Wort wechselt jetzt zur FDP-Fraktion, da haben wir ein Kontingent von fünf Minuten für Frau Kollegin Westig, die das Fragerecht hat.

Abg. **Nicole Westig** (FDP): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Dr. Klein. Könnten Sie das Testkonzept des von Ihnen durchgeführten Projektes und die damit verbundenen Erfahrungen insbesondere in Hinblick auf die Akzeptanz durch die Kinder und Eltern kurz darlegen und ausführen, wie es von den verschiedenen Kommunen aufgenommen wurde?

ESV **Prof. Dr. Florian Klein** (Direktor Institut für Virologie, Uniklinik Köln): Einen schönen guten Morgen, vielen Dank für die Einladung. Bei der von Ihnen angesprochenen Methode handelt es sich um die Lolli-Methode, die wir zusammen mit den Kollegen der Infektiologie und der Kinderheilkunde entwickelt haben. Dabei machen wir uns zwei Dinge zunutze, die schon angesprochen worden sind. Es war für uns wichtig, ein Testverfahren zu haben, welches einfach durchzuführen ist. Es ist dann so, dass Kinder für 30 Sekunden an einem herkömmlichen Abstrichtupfer lutschen. Diese werden dann bereits in der Schule oder in der Kita zusammengeführt als Pooltest. Diese werden als eine Probe in die Labore verschickt. Dadurch sind Sie in der Lage, mit den Kapazitäten, die wir haben, eine große Zahl an Schülern und Kitakindern zu untersuchen. Das wird in verschiedenen Projekten in Köln durchgeführt. Wir haben auch seit April die Durchführung oder den Einsatz der Lolli-Methode an allen Kitas, das sind knapp 700, von denen über 98 Prozent daran teilnehmen. Das zeigt schon die Akzeptanz. Bei den Grundschulern und bei den Schülern der Förderschulen ist es so, dass dieses Konzept seit dem 10. Mai in ganz NRW eingesetzt wird. Da haben wir bisher auch wirklich sehr gute Erfahrungen gemacht. Das ist in dem Fall verpflichtend. Mittlerweile hat NRW 750 000 Schüler, die dort untersucht werden. Zwei Mal die Woche wird getestet, sodass bisher circa neun Millionen Kinder abgestrichen wurden. Die Akzeptanz ist sehr hoch und das Verfahren hat sich als sehr

positiv bewährt. Natürlich gibt es auch hier Herausforderungen. Gerade im weiteren Einsatz muss man sicherlich die Details immer wieder diskutieren.

Abg. **Nicole Westig** (FDP): Dann möchte ich nachfragen, inwieweit Sie dieses Testkonzept für bundesweit umsetzbar halten, um die Betreuung im Präsenzunterricht wieder herstellen zu können? Was muss gegebenenfalls noch schnell auf den Weg gebracht werden?

ESV **Prof. Dr. Florian Klein** (Direktor Institut für Virologie, Uniklinik Köln): Es ist so, dass mit diesem Testkonzept eine relativ große Logistik einhergeht. Letztendlich ist es so, dass wir das auch in Nordrhein-Westfalen gut geschafft haben. Es funktioniert gut im größten Bundesland. Von daher sehe ich die Möglichkeit, dass das auch bundesweit einsetzbar ist. Voraussetzungen dafür sind die Logistik von den Laboren und Fahrdiensten, die Tupfer schnell in die Labore zu bringen, um schnelle Testungen durchführen zu können. Dass es ein gutes Kommunikationskonzept gibt, ist eine wichtige Herausforderung. Von den PCR-Kapazitäten ist es so, dass wir aktuell pro Woche in NRW ungefähr 80 000 Testungen durchführen. Wenn man das aufs Land rechnet, wären es ungefähr 400 000. Wenn Sie schauen, was das RKI an aktuellen Testkapazitäten angibt, liegen wir dort bei etwas über 2,3 Millionen, von denen in den letzten Wochen zwischen 700 000 und 1,3/1,5 Millionen genutzt wurden. Das ist also prinzipiell möglich. Natürlich muss das sehr gut durchdacht sein, aber wir haben es in einem sehr großen Bundesland gezeigt. Daher denke ich, ist es möglich, das auch bundesweit nutzen zu können.

Der **Vorsitzende**: Frau Westig, Sie hätten noch 20 Sekunden, sollen wir die in die nächste Runde verschieben?

Abg. **Nicole Westig** (FDP): Ja, bitte.

Der **Vorsitzende**: Gut, dann herzlichen Dank. Das Fragerecht geht an die Fraktion DIE LINKE. und da besteht eine Fragezeit von fünf Minuten. Frau Kipping hat sich gemeldet.



Abg. **Katja Kipping** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht als erstes an Herrn Dario Schramm. Ich bin sehr froh, dass ein Vertreter der Schülerinnen und Schüler da ist. Es war uns gerade in diesem Fall wichtig, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen selber zu Wort kommen, damit nicht nur die Elterngeneration über sie spricht. Herr Schramm, Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben: „Wichtig ist es, die Schulen im Bereich Digitalisierung, im Bereich IT-Infrastruktur, aber auch im Bereich der Luftfilter fit zu machen.“ Jetzt hatte ich bereits im Sommer 2020 eine richtige Offensive für die Luftfilter in den Schulen und natürlich auch für andere Bereiche gefordert. Ich wollte Sie fragen: Wie schätzen Sie die jetzige Situation ein, den Stand der Luftfilter in den Schulen, aber auch das Fitmachen mit der IT-Infrastruktur? Was muss Ihrer Meinung nach dringend noch getan werden?

ESV **Dario Schramm** (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Ich glaube, wenn es um die Luftfilter geht, dann brauchen wir jetzt eine große Offensive. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass Unterstützung von allen Ebenen benötigt wird, also vom Bund bis hin zu den Ländern, die wirklich die Kommunen dahingehend unterstützen müssen. Denn jeder weiß, die Kommunen sind aktuell stark durch Corona belastet. Das ist das Erste. Lange Zeit hatten wir auch Diskussionen darüber, ob Luftfilter hilfreich sind, ja oder nein? Ich als Laie bin der festen Überzeugung, sie sind nicht die Wunderwaffe, aber sie können zumindest einen erheblichen Beitrag leisten. Von daher sollten wir diese in den Schulen dringend einführen. Das Zweite ist die Digitalisierung. Wir kommen langsam in den Bereich, dass zumindest Endgeräte in den Schulen vorhanden sind. Das nächste Problem ist, dass meistens dann das Internet nicht vorhanden ist. Wir müssen uns das ganze Paket anschauen. Wir dürfen nicht nur immer den einen Weg gehen und sagen, wir brauchen die Geräte und dann kommt erst das Internet und irgendwann in der Zukunft überlegen wir uns, wie können wir das mit Leben füllen? Wir brauchen jetzt eine ganz klare Strategie und nicht – was wir in der Pandemie öfters erlebt haben –, ein konzeptloses Reinstürzen, um zu versuchen, irgendwie alles digital zu machen, nur damit der Eindruck entsteht, wir haben eine digitale Schule.

Abg. **Katja Kipping** (DIE LINKE.): Dann würde ich gerne bei dem Thema Digitalisierung bleiben und Frau Finnern von der GEW fragen. Das ist nicht nur für die Schülerseite, sondern auch für die Lehrkräfte eine Herausforderung. Ich hatte gehört, dass es bei der GEW die Forderung schon vor der Corona-Krise gab, dass man pro Schule einen IT-Administrator braucht, weil die Lehrkräfte das im Rahmen ihrer sonstigen Aufgaben und Herausforderungen gar nicht mit absolvieren können. Können Sie nochmal sagen, wie sich das Thema Digitalisierung aus Sicht der Lehrkräfte darstellt?

ESVe **Maïke Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Ja, sehr gerne, vielen Dank. Ein bisschen schließt es an das an, was gerade gesagt worden ist. Wir haben inzwischen dank der Initiative endlich Geld für Endgeräte und für Lehrkräfte. Diese gibt es auch in großen Teilen schon, aber sie sind noch nicht überall angekommen. Bei der Ausstattung der Lehrkräfte ist auch häufig nicht darüber nachgedacht worden, mit welchen Geräten sie ausgestattet werden sollen. Vor Ort ist häufig das Problem, dass Lehrkräfte Geräte haben, diese aber zum Beispiel für die Erstellung von Gutachten unter bestimmten datenschutzrechtlich relevanten Fragen nicht nutzen können, weil die dafür zum Teil nicht geeignet sind. Da fehlt es an der Überlegung, wofür brauchen Lehrkräfte eigentlich insgesamt Geräte? Ein iPad reicht nicht, sondern es muss dann schon etwas sein, mit dem man vernünftig arbeiten kann. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt der Systemadministration ist ein extrem wichtiger. Bisher ist häufig über die Kommunen, über die Schulträger geregelt, dass die Systemadministration für viele Schulen gleichzeitig da ist. Wenn wir jetzt überlegen, wir haben eine enorm ansteigende Infrastruktur, also inzwischen eine enorm hohe Zahl an Geräten in den Schulen und dazu viele Programme, die gewartet werden müssen. Zudem haben wir auch Defekte, die auftreten und die gewartet werden müssen. Wir reden, wenn wir so eine mittlere Schule nehmen, von 1 000 bis 1 500 Geräten. Da ist es, wenn man das mit Firmen vergleicht, notwendig, dass man eine professionelle Systemadministration in jeder Schule hat, damit die Systeme auch laufen. Daran scheitert es im Moment noch sehr häufig. Das brauchen wir



dringend an jeder Schule, wir brauchen Stellen für Leute, die die IT-Struktur fit halten und dafür da sind, wenn irgendwas nicht läuft, dieses zu managen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. 15 Sekunden schreiben wir der nächsten Runde gut und kommen zu der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Da hat das Wort Frau Abgeordnete Margit Stumpp.

Abg. **Margit Stumpp** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für das Wort. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Dario Schramm von der Bundesschülerkonferenz. Sie hatten hier die Gelegenheit, die Haltung der Schülerinnen und Schüler darzustellen und sich zu Maßnahmen und zukünftigen Strategien zu äußern. Insgesamt würde mich interessieren: Wie sind denn Ihre Möglichkeiten als organisierte Schüler:innenschaft, Ihre Vorstellungen und Positionen in politische Entscheidungsprozesse einzuspeisen, in der Vergangenheit bzw. in den letzten anderthalb Jahren? Wie bewerten Sie den Einbezug der Schüler:innenvertretungen vor Ort beim Management der Pandemie in den verschiedenen Schulen?

ESV **Dario Schramm** (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, es geht den Schülervertretungen ähnlich wie allen in den Interessenvertretungen auch. Man war Teil des Prozesses, aber meistens hatte man den Eindruck, man war erst dann Teil des Prozesses, wenn die Entscheidung schon lange festgestanden hat. Das zog sich durch die Pandemie. Es gab viele Sachen, wo man zumindest mal eine Meinung abgeben konnte. Aber gerade wenn wir es auf die Schülervertretungen beziehen, dann hatte ich immer wieder den Eindruck, dass es irgendwann, ich sage mal, ein bisschen in Mode gekommen ist, die Schüler zwar mit einzubeziehen, aber eine wirkliche Ernstnehmung der Forderung nicht vorlag. Es gab viele Strategiekonzepte der Bundesregierung, ich möchte zum Beispiel die Initiative „Digitale Bildung“ ansprechen, wozu es zwei Mal Veranstaltungen gegeben hat. Dort war es der Bundesregierung, sprich dem Bundeskanzleramt und dem BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) nicht möglich, die Betroffenen, die Schüler mit einzubeziehen. Das finde ich sehr schade, dass

auch nach mehrmaligem Aufruf keine Einbeziehung erfolgte. Im kommunalen Bereich wurden Schüler wirklich mit einbezogen. Aber umso höher die Ebenen wurden, umso weniger wurden die Stimmen gehört, zumindest aus meiner Perspektive und nach dem Feedback, das ich bekommen habe.

Abg. **Margit Stumpp** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Dann hätte ich nochmal eine Frage zu den Maßnahmen, die für den Herbst vorgeschlagen sind. Eine große Kontroverse löst immer die Diskussion über die Teststrategien aus. Mich würde die Ansicht der Betroffenen, nämlich der Schülerinnen und Schüler vor allem auch zum Thema Verlässlichkeit der Testungen im Elternhaus und Verlässlichkeit der Testungen vor Ort in der Schule sowie der Akzeptanz der Testungen vor Ort in der Schule interessieren.

ESV **Dario Schramm** (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Ich glaube, dass die Akzeptanz vorhanden ist, das erlebe ich immer wieder. Gut, der Aufschrei war am Anfang ein bisschen groß, weil viele gesagt haben: „Oh Gott, jetzt muss ich mir dieses Stäbchen da zwei Mal in der Woche in die Nase stecken.“ Von den Jüngeren bis hin zu den Älteren sind aber wirklich die Akzeptanz und vor allem auch das Verständnis vorhanden. Ich glaube, darum geht es, dass die Schüler verstehen, warum mach ich das. Das ist auf jeden Fall vorhanden. Viel wichtiger finde ich, und das haben wir auch immer angemahnt, dass man immer wieder klar macht, diese Tests sind nicht der Freifahrtschein, dass man kein Corona hat. Es ist klar, es ist zwar ein negativer Test und trotzdem kann immer noch das Restrisiko bestehen, dass eine Infektion vorliegt. Gerade wenn wir in die Zukunft schauen, wird das Testen und auch Maskentragen ein steti-ger Begleiter sein. Bei der Abwägung Testen und Maske oder wieder zuhause zu sitzen, sind sich alle Schüler einig, dass sie auf jeden Fall den Präsenzunterricht vorziehen würden.

Abg. **Margit Stumpp** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Jetzt habe ich eine Frage an die GEW, auch weil keine Studierendenvertretungen in der Runde sind. Ist der KfW-Studienkredit, den die Bundesregierung nur zeitweise zinslos zur Verfü-



gung stellt, aus Ihrer Sicht eine ausreichende Unterstützung von Studierenden während der Pandemie oder hätte es weitere Unterstützungen gebraucht, etwa die BAföG-Förderung in der Pandemie, um Studierende vor dem Studienabbruch und vor einer Schuldenfalle zu schützen?

ESVe **Maïke Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Vielen Dank für diese Frage. Die Studierenden kommen häufig ein bisschen zu kurz in der Debatte. Sie leiden dabei sehr unter der Pandemie, in den letzten drei Semestern, den pandemiebedingten Onlinesemestern ist das wirklich schwierig. Der Studienkredit ist aus unserer Sicht überhaupt nicht ausreichend. Erstens kam er sehr spät und zweitens ist es so, dass er für viele gar nicht zu beantragen ist. Er erfüllt eigentlich nicht das, was er erfüllen soll, nämlich die Studierenden über diese Pandemie hinwegzutragen. Sie haben nicht nur das Problem, dass die Präsenzlehre fehlt und somit eine Anbindung an die Universitäten, vielmehr noch an die Dozent:innen nicht gegeben ist. Es geht auch wirklich um eine Studienfinanzierung. Viele Studierende, die kein BAföG bekommen, haben ihr Studium anders finanziert, und zwar in der Regel mit Jobs, die durch Restaurantschließungen usw. ganz weggefallen sind. Da hätte es viel mehr gebraucht, um die Studierenden gut durch das Semester zu bekommen. Das Letzte, die BAföG-Reform, muss dringend sein, damit das in Zukunft besser funktioniert.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Finnern. Die Zeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist leider um, und das Fragerecht wandert dann zur SPD-Fraktion. Da hat Frau Kollegin Fahimi das Wort mit einem Sieben-Minuten-Kontingent.

Abg. **Yasmin Fahimi** (SPD): Herzlichen Dank. Zunächst einmal an die Kollegin Finnern. Ich kann Ihnen vollständig zustimmen. Es bedarf nicht nur einer BAföG-Reform, sondern die Studienkredite sind der falsche Ansatz gewesen, das haben wir immer so formuliert. Schade, dass man sich damit nicht durchsetzen kann. Ich habe zunächst aber eine kurze Frage an Herrn Köller. Herr Schramm hat hier sehr eindrücklich geschildert, wie wichtig es ist, bei der digitalen Ausstattung der Schulen

ganzheitlich zu denken. Ich würde das gerne nicht nur bestätigen, sondern erweitern, dass auch die digitale Lehrmittelfreiheit für Schüler:innen umfassen muss, dass man auch eine entsprechende Datenflatrate zur Verfügung stellt, damit tatsächlich auch Distanzunterricht von zuhause aus überhaupt realistisch möglich wird. Aber ein Aspekt kommt mir immer zu kurz, das ist nämlich die Frage, inwiefern wir mit Blick auf intelligente Lernsoftware digitale Technik so einsetzen, dass nicht nur Distanzunterricht möglich ist, sondern dass neue und bessere Lernerfolge möglich sind – gerade unter dem Aspekt, dass wir individuell besser begleiten müssen, was jetzt vielleicht auch an Lernrückständen da ist. Wo sehen Sie uns dort als Bundesrepublik aufgestellt und wie bewerten Sie die Situation der überregionalen Open Educational Resources-Plattformen (OER)? Was ist im Zweifelsfall auch der Hemmschuh, dieses umzusetzen?

ESV **Prof. Dr. Olaf Köller** (Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik in Kiel): Herzlichen Dank für die Einladung und herzlichen Dank auch für die Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Hinsichtlich der intelligenten Systeme, die wir nicht zur Ersetzung der Lehrkräfte nutzen wollen, sondern die wir zur Unterstützung der Lehrkräfte nutzen wollen, können wir sagen, dass wir insgesamt ein Entwicklungsland sind. Wir haben quasi kaum solche Systeme, die zielführend in unterschiedlichen Fächern in den unterschiedlichen Jahrgangsstufen eingesetzt werden können. Zu den OER-Plattformen können wir sagen, dass wir in gewissen Fächern mittlerweile bundesweit ganz schöne Angebote haben, die aber eher inzidentell und ohne Strategie entstanden sind. Diese beherbergen teilweise aber ganz gute Materialien, von denen wir aber auch wissen, dass sie sehr begrenzt von den Schulen genutzt werden, weil wir immer noch, was das digitale Verhalten von Lehrkräften betrifft, beobachten, dass Lehrkräfte lieber Sachen geliefert bekommen, als dass sie selbst aktiv suchen. Die Schulbuchverlage berichten uns immer wieder, wenn sie mit Sicherheit Lehrkräfte digital erreichen wollen, müssen sie einen Memory-Stick in ein Buch legen und nicht irgendwie einen Link fürs Internet setzen. Wir haben da, was den Nutzen von OER betrifft, großen Nachholbedarf auch in der Qualitätssicherung. Wie stellen wir sicher, dass das Material, was dort abgelegt wird, wirklich auch



zielführend im Sinne des Kompetenzerwerbs der Schülerinnen und Schüler eingesetzt wird? In beiden Bereichen haben wir erheblichen Nachholbedarf.

Abg. **Yasmin Fahimi** (SPD): Dann würde meine zweite Frage an Herrn Anbuhl gehen. Wir haben jetzt schon viel über die Frage der Infrastruktur und der infrastrukturellen Herausforderungen an den Schulen gehört. Trotzdem nochmal mit Blick auf die Frage von Belüftungssystemen bzw. Filteranlagen: Können Sie uns kurz beschreiben, was aus Ihrer Sicht in der Fläche das Problem ist, dieses umzusetzen? Es gibt Förderprogramme, aber die Trägerschaft ist sehr unterschiedlich, was die Verantwortung der baulichen Maßnahmen angeht. Wo hapert es da, dass wir da nicht schneller sind und was droht, wenn wir bis zum Herbst nicht flächendeckend die entsprechenden Filteranlagen in den Schulen eingesetzt haben?

ESV **Matthias Anbuhl** (Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Abteilungsleiter Bildungspolitik und Bildungsarbeit): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, Frau Fahimi für die Frage und vielen Dank in die Runde für die Einladung. Wir haben generell das Problem, dass für die Schulsanierungen auf Bundes- und Landesebene Mittel bereitgestellt werden, die Umsetzung mitunter aber sehr lange dauert. Das hängt damit zusammen, dass das Geld auf anderer Ebene fließen muss, um dann letzten Endes kommunal vor Ort anzukommen. Wir haben zusätzlich eine Situation, dass Bauämter gespart haben und dass in den Kommunen das Personal fehlt, um diese Maßnahmen schnell und zügig umzusetzen. Die Ausstattung mit Luftfiltern als erste Hilfe ist aus meiner Sicht notwendig, Herr Schramm hat das bereits gesagt. Was wir wirklich brauchen, ist eine strukturelle Therapie: langfristig eine Schulsanierung mit planbaren Mitteln, ein Aufbau von Personal – auch in den Bauämtern, damit man langfristig dazu kommt, die Hygieneausstattung zu verbessern, grundsätzlich auch die digitale Ausstattung zu verbessern sowie die Personalausstattung zu verbessern. Also eine strukturelle Therapie, die einerseits auf die Schulen, aber andererseits auf die kommunale Umsetzung vor Ort zielt und dass wir das Personal haben, das das leisten und stemmen kann.

Abg. **Yasmin Fahimi** (SPD): Dann würde ich gerne noch diese Frage hinterher schieben. Können Sie uns einen Eindruck geben, wie aus Ihrer Sicht derzeit die Situation ist bei dem Übergang von Schule in die Ausbildung bzw. von der Schule ins Studium? Ist das eher eine Orientierungsproblematik oder gibt es darüber hinaus Verunsicherung bei den jungen Jugendlichen?

ESV **Matthias Anbuhl** (Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Abteilungsleiter Bildungspolitik und Bildungsarbeit): Da muss man zwischen Studium und Ausbildung unterscheiden. Im Ausbildungsmarkt sehen wir einen gleichzeitigen Einbruch von Angebot und Nachfrage, das heißt es gibt weniger Bewerber:innen und es gibt weniger Ausbildungsplätze, die angeboten werden. Bei den Ausbildungsplätzen gibt es zwei Gründe, der eine ist sicherlich pandemiebedingt, das sind vor allem die Branchen, die stark vom Lockdown betroffen sind, wie die Eventbranche, Veranstaltungsbranche, Hotel und Gastronomie, wo es starke Einbrüche gibt. Wir erleben aber auch, dass es einen Rückgang an Ausbildungsplätzen gibt, der strukturell bedingt ist und von der Pandemie verschärft wird. Zum Beispiel möchte die Deutsche Telekom gerade die dualen Ausbildungsplätze bei sich reduzieren, die sind kein Verlierer der Pandemie. Bei der Telekom als Unternehmen geht es um strukturelle Auswirkungen. Das bedeutet Schwierigkeiten für die Jugendlichen, die es ohnehin schon schwer hatten. Wir hatten eine hohe Ausbildungslosigkeit vor der Pandemie, insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund und bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss. Diese haben es nun nochmal schwerer auf dem Ausbildungsmarkt. Das ist die Situation bei den Auszubildenden. Bei den Studierenden sind es mehrere Probleme: Die Frage der Finanzierung wurde vorhin von Maike Finnern schon angesprochen. Wenn die Jobs wegfallen, haben gerade Jugendliche mit einem schmaleren Budget ein Problem. Da will ich auf ein Phänomen hinweisen: Es gab nicht nur den Studienkredit, sondern es gab auch die Überbrückungshilfe der Bundesregierung. Dabei hat man im April festgestellt, dass 300 000 Anträge von den gestellten 460 000 Anträgen bewilligt wurden. Es gab somit eine hohe Anzahl an Ablehnungen. Diese kamen daher, dass die Studierenden zwar nachweisen konnten, dass sie in finanzieller Notlage oder Schieflage waren, aber



diese war nicht pandemiebedingt, da sie schon vorher existierte. Bei 50 bis 60 Prozent der Ablehnungen mussten die Studierendenwerke sagen: „Ja, ihr seid arm, aber es ist nicht pandemiebedingt, ihr seid es grundsätzlich. Deswegen können wir die Überbrückungshilfe nicht auszahlen.“ Das zeigt nochmal, dass man ein extremes Problem bei der Studienfinanzierung hat und deswegen muss es zu einer Generalreform des BAföG kommen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Anbuhl. Dann geht das Fragerecht für zwei Runden à sechs Minuten, also insgesamt zwölf Minuten zur CDU/CSU-Fraktion und es hat wieder Herr Stephan Albani das Wort.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich würde mich in meiner letzten Frage an Frau Finnern von der GEW wenden wollen. Sie hatten gesagt, die Gelder sollten in die Schulen, weil man da am besten weiß, wie man in kleinen Gruppen etc. die Defizite aufholen kann. Wie sehen Sie das zeitlich in der Organisation und der Nutzung der Schulferien? Wie soll es danach weitergehen, denn das sind zusätzliche Belastungen zum normalen Unterricht, rein organisatorisch, wenn man von allen Seiten den besten Willen voraussetzen darf?

ESVe **Maike Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): In den Schulferien sehe ich den Schwerpunkt nicht darin, ein Aufholprogramm zu organisieren, sodass die Schüler von morgens bis abends Deutsch, Mathe, Englisch pauken, sondern es geht darum, ganzheitliche Angebote zu machen. Kinder und Jugendliche sollen wieder gemeinsam etwas erleben können, sie sollen gemeinsam Bildung im großen Ganzen erfahren. Es können Museumsbesuche sein, die wieder möglich sind, auch Sporterlebnisse. Das muss in den Ferien im Vordergrund stehen, denn auch für Schülerinnen und Schüler und für alle Beteiligten war das letzte Jahr ein extrem anstrengendes und herausforderndes. Von daher ist es gut, in den Ferien sowas anzubieten und nach den Ferien in der Schulzeit, wenn das Konzept greift, dass man mehr an pädagogischem Personal und Lehrern bekommt ... also nicht nur Lehrkräfte, die man nicht so schnell bekommt, damit kommt man dann zu klei-

neren Gruppen und kann man sehr viel individueller arbeiten. Das ist die Rückmeldung, die wir besonders in den Phasen des Wechselunterrichts immer wieder von den Kolleginnen und Kollegen und auch von Schülerinnen und Schülern bekommen haben. Die haben gesagt, in den kleineren Gruppen sind wir viel individueller angekommen, da können wir viel besser gefördert werden. Ich glaube, das muss der Weg in der Zukunft sein. Das wird sicherlich noch dauern. Man muss über die Sommerferien versuchen, weiteres Personal zu finden, um die Schulen dahingehend zu stützen.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Dann richtet sich meine nächste Frage an Prof. Dittmer. Den aktuellen Erkenntnissen nach soll die zweite Impfung gerade im Hinblick auf den Schutz vor SARS-CoV-2-Varianten entscheidend sein. Gleichzeitig empfiehlt die STIKO (Ständige Impfkommision) eine COVID-19-Impfung mit den mRNA-Impfstoffen für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren nur unter bestimmten Voraussetzungen, etwa dann, wenn diese aufgrund von Vorerkrankungen ein erhöhtes Risiko für einen schweren Verlauf haben. Wie ist Ihre Einschätzung zu diesen beiden einher laufenden Empfehlungen?

ESV **Prof. Dr. Ulf Dittmer** (Direktor Institut für Virologie, Universitätsklinikum Essen): Vielen Dank. Das ist absolut richtig. Es ist so, dass die STIKO nichts anderes empfehlen konnte, weil uns im Moment noch die Daten fehlen, der STIKO die Daten fehlen, um genau abschätzen zu können, was für Impfreaktionen an jüngeren Kindern zu erwarten sind. Die Zulassungsstudie war nur mit 3 500 Kindern. Daraus kann man keine Nebenwirkungen oder auch seltene Nebenwirkungen ableiten. Es gibt dazu eine große Studie aus den USA, da sind mehrere 100 000 jüngere Kinder schon geimpft worden. Diese Daten brauchen wir dringendst. Dann könnte ich mir vorstellen, dass die STIKO auch zu einer anderen Entscheidung kommt. Denn am Ende wird es so sein, dass die Kinder zwar wahrscheinlich nicht sehr stark von einer Impfung medizinisch profitieren werden, aber sie wird eine entscheidende Rolle bei der Begrenzung der Pandemie spielen. Davon müssen wir für den nächsten Herbst und den Winter ausgehen.



Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Ich möchte mit der nächsten Frage anschließen, Herr Prof. Dittmer. Können Sie etwas über die aktuellen Erkenntnisse bei Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf medikamentöse Therapien von COVID-19 sagen? Und könnten solche Medikamente möglicherweise eine Alternative in dieser Altersgruppe für die darstellen, die nicht geimpft sind, um einen möglichen schweren Krankheitsverlauf zu verhindern? Wenn es geht, bitte in zweierlei Hinsicht beantworten, zum einen die medizinische Frage und zum anderen die ethische Frage, quasi nicht impfen, aber die Medikamente als den Weg vorsehen.

ESV **Prof. Dr. Ulf Dittmer** (Direktor Institut für Virologie, Universitätsklinikum Essen): Das ist leider bei COVID-19 ein schwieriges Thema. Es sind sicherlich noch viele Substanzen in der Entwicklungspipeline, die auch wirksam sein können. Bei allem, was wir bisher haben, zum Beispiel Antikörpertherapien oder antivirale Medikamente, ist es so, dass sie extrem früh eingesetzt werden müssen, um überhaupt eine Wirkung zu zeigen. Am besten in einer Phase, bei der jemand noch nicht schwer an COVID-19 erkrankt ist, möglichst sogar in einer Phase, wo er vielleicht noch gar nicht erkrankt ist. Wir verwenden das hauptsächlich bei Hochrisikopatienten, aber das sind Kinder nun mal nicht. Ich wage auch zu bezweifeln, dass wir sehr gute Medikamente haben werden, die wir später bei Erkrankungen einsetzen können, denn das haben wir bei der Grippe auch nicht. Das ist schwierig bei respiratorischen Viren. Ich glaube, das ist kein Konzept, in welches wir zu viel Hoffnung setzen sollten.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann geht das Frage-recht weiter zu Herrn Dr. Andreas Lenz aus der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich zu-nächst an Herrn Dr. Burkhard Rodeck. Wie sind die aktuellen Erkenntnisse im Hinblick auf psychosoziale und psychologische Auswirkungen der Pandemie gerade auch auf Kinder und Jugendliche? Liegen hier schon erste Auswertungen vor? Zudem die Frage nach den eventuellen Gründen dieser Auswirkungen, gerade auch im schulischen Umfeld, aber auch in der Familie. Diese Frage, wie da die

Erfahrungen aus der Praxis sind und aus der ent-sprechenden Rückfrage, geht bitte auch an Herrn Dario Schramm. Dankeschön.

ESV **PD Dr. Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedi-zin e. V.): Vielen Dank für die Frage, die sehr wich-tig ist. Wir haben erste Erkenntnisse aus einer gro-ßen, bundesweiten Studie, die vom UKE (Universi-tätsklinikum Hamburg-Eppendorf) durchgeführt wurde, der sogenannten COPSY-Studie, wo abge-fragt wurde, wie die Situation unter Pandemiebe-dingungen bei Kindern und in Familien aussieht. Hier ist sowohl in einer ersten Fragerunde als auch in einer zweiten Fragerunde erkannt worden, dass die psychischen Belastungen, die psychosomati-schen Erkrankungsbilder bei Kindern und Jugendli-chen unter den Lockdown-Maßnahmen bzw. Pan-demiebedingungen deutlich zugenommen haben. Ähnliches wird auch aus dem BARMER-Arztreport 2021 berichtet, wo wir eine Steigerung von psycho-therapeutischen Anfragen im Kindes- und Jugend-alter um sechs Prozent im Vergleich zu 2019 und zu 2020 haben. Wir sehen das anhand der Daten, die aus den Studien kommen, aber auch in unserer täglichen Praxis in den kinderärztlichen und ju-gendärztlichen Praxen. Es gibt in den Kliniken ei-nen Mehrbedarf an Behandlungsnotwendigkeiten, ausgelöst durch Pandemie-/Lockdown-Maßnah-men. Diese Generation ist durch die Maßnahmen, die wir getroffen haben, auch durch Schulschlie-ßungen, enorm belastet. Das ist genau die Frage, die wir diskutieren, dass wir eine sorgfältige Abwä-gung vornehmen müssen und zwar zwischen den Risiken für unsere Gesamtgesellschaft und weniger für die Gruppe selber. Das wissen wir: Die Risiken sind klein gegenüber dem, was wir ihnen abverlan-gen, um die Gesellschaft zu schützen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Schönen Dank. Dann geht es wei-ter mit Herrn Dario Schramm, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz.

ESV **Dario Schramm** (Generalsekretär Bundesschü-lerkonferenz): Gerade auch bei COPSY und bei den anderen Studien ist eines bewusst geworden: Je kleiner der Raum wird, umso prekärer wird es. Das kann man gut damit verbinden, dass man gerade



die Menschen jetzt unterstützt, die in dieser Pandemie nicht den großen Raum hatten, sich Freiräume zu nehmen. Das sind die Familien mit niedrigeren Einkommen, die nicht in der Lage waren, ihren Kindern großen Raum zu bieten – Kinder mussten sich teilweise ihre Zimmer teilen. Die Auswirkung ist schon immens. Ich erlebe das in vielen Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern, die das für sich selbst erkannt haben, die sagen: „Ich brauche jetzt eine Unterstützung, ich bin auf Hilfe angewiesen.“ Dann gehen sie sogar den Schritt und sagen: „Ich suche mir Hilfe, ich suche mir irgendwo einen Psychologen oder ich versuche, irgendwo einen Termin zu bekommen.“ Aber dann landen sie erstmal auf Wartelisten. Das ist das große Problem. Wir brauchen immense Förderungen sowie auch Unterstützung und damit Fachkräfte. Wir müssen auch schauen, dass die Zugänge leichter werden, weil das auch ein großes Problem ist. Viele haben zwar für sich erkannt, dass sie Hilfe brauchen und dass sie darauf auch angewiesen sind, aber den Schritt oder überhaupt den Weg zu finden, wo ist der richtige Ansprechpartner, das muss niederschwelliger werden und einfacher. Ich glaube, dass wir das dann gut bestreiten, aber wir müssen wirklich auch bei den sozioökonomischen Hintergründen unterscheiden.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank auch für die Ausführungen. Meine Rückfrage richtet sich an Frau Finnern. Wie sind die Erkenntnisse bezüglich des Impffortschritts gerade auch beim Bildungspersonal, also Lehrerinnen, Lehrer aber natürlich auch andere Fachkräfte, die sich im Bereich der Bildung entsprechend bewegen? Die zweite Frage an Sie: Sie haben gerade das Angebot in den Ferien angesprochen, welches beispielsweise eine Möglichkeit wäre. Sehen Sie auch Möglichkeiten, dass Lehrkräfte beispielsweise freiwillig hier betreuen, um eine entsprechende Begleitung zu bieten?

ESVe **Maika Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Zu der ersten Frage, zu der Prozentzahl: Leider gibt es keine ganz verlässlichen und bundesweit einheitlichen Erhebungen. Wir wissen, dass die Impfbereitschaft unter den Kolleginnen und Kollegen sehr groß ist. Wir haben etwa 80 Prozent, die sich impfen lassen oder schon impfen lassen haben und zum Teil tendieren

wir sogar schon auf die 90 Prozent hin. Die Impfbereitschaft ist also in den Schulen groß. Insofern bin ich guter Dinge, dass nach den Sommerferien alle das zweite Mal geimpft sind. Dadurch haben dann wirklich 80 bis 90 Prozent einen Impfschutz. Das finde ich schon einmal sehr erleichternd, weil das ein gutes Zeichen ist. Das Zweite, was Sie zum Unterricht in den Ferien gesagt haben: Das kann auf jeden Fall nur freiwillig sein. Freiwillig, da spricht nichts dagegen, das ist niemandem zu verwehren. Verpflichtend geht es nicht, weil das Jahr sehr anstrengend war und man auch die Ferien für andere Dinge nutzen muss.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. 30 Sekunden wären noch Herr Lenz.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Da verzichte ich, vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dann konservieren wir die 30 Sekunden für Sie und sind jetzt mit zehn von 16 Fragerunden durch. Das heißt, jede Fraktion kommt noch einmal zu einer Fragerunde und die nächste, für die das der Fall ist, ist die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Stadler hat das Wort.

Abg. **Svenja Stadler** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Guten Morgen in die Runde. Ich habe eine Frage zu dem, was Frau Finnern vorhin in Bezug auf das Personal ansprach. Ich würde nochmal stärker auf die Lehrkräfte eingehen wollen. Sie sagen, wir bräuchten mehr Personal und dazu sollen wir auch die Sommerpause nutzen. Wir bräuchten anderes pädagogisches Personal. Könnten Sie ein bisschen spezifizieren, was pädagogisches, anderes Personal für Sie bedeutet? Zum anderen eine Frage sowohl an Sie aber auch an Herrn Prof. Köller: Wenn wir über mehr Fachpersonal sprechen, was halten Sie von Lehramtsstudenten und pensionierten Lehrerinnen und Lehrern, wenn wir sie mit einspannen? Wie beurteilen Sie das?

ESVe **Maika Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Wir haben in dem Bereich grundsätzlich eine große Personalknappheit. Egal, ob wir von Lehrkräften reden oder von sozialpädagogischem Personal, das ist das, was



ich mit weiterem pädagogischen Personal meinte. Auch da ist es inzwischen schon schwierig, Menschen zu finden. Insofern müssen wir drei Dinge in Angriff nehmen. Erster Punkt: langfristige Strategien, um mehr pädagogisches Personal zu bekommen. Die Lehrkräfteausbildung dauert an Universitäten etwa sieben Jahre mit dem Vorbereitungsdienst hinterher. Es ist eine langfristige Aufgabe, die Studienplätze und Referendarskapazitäten zu erhöhen. Der zweite Punkt: Wir brauchen mittelfristig Konzepte. Wir haben viele Seiteneinsteiger bzw. Quereinsteiger an den Schulen, die aber wenig Perspektiven haben. Das heißt, da müssen dringend Programme her, damit nebenberuflich ein Fach nachstudiert werden kann. Beim Nebenberuflichen können auch didaktische Programme nachgeholt werden, damit die Leute, die schon in immer zunehmender Zahl an Schulen sind, eine echte Perspektive bekommen, an Schulen auch dauerhaft zu arbeiten und Karriere machen zu können. Das ist im Moment total ausgeschlossen. Das ist die mittelfristige Perspektive. Die schnelle Perspektive ist: kurzfristig kann sowas wie ein Einsatz von Pensionär:innen mit Sicherheit helfen. Kurzfristig kann man auch auf Studierende zurückgreifen. Ich möchte nur davor warnen, dass als grundsätzliches Mittel zu propagieren, denn Lehramtsstudierende sind in der Ausbildung. Wir haben viele Rückmeldungen von Lehramtsstudierenden, dass sie ihr Studium durch Vertretungsstellen an den Schulen finanzieren. In dieser Zeit verfestigen sich aber häufig auch Dinge auf Dauer, die man hinterher im Referendariat wieder bearbeiten muss. Insofern ist das kein Allheilmittel. Man kann sicherlich Praktika verändern und sagen, auch in dieser Zeit müssen Praktika an Schulen laufen können. Diese können unter Pandemiebedingungen anders laufen als vorher. Wir haben da entsprechende Möglichkeiten, diese Leute einzusetzen. Aber es ist nicht so, dass man die Lehramtsstudierenden sofort in die Schulen schicken kann und die brauchen dann nichts weiter. Das funktioniert nicht.

ESV Prof. Dr. Olaf Köller (Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik in Kiel (IPN)): Grundsätzlich halte ich das für eine gute Maßnahme. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass pensionierte Lehrkräfte und auch die Lehramtsstudierenden nicht alternativ zu den Lehrerinnen und Lehrern im Regelunterricht eingesetzt

werden, sondern sie sollen für ergänzende, für additive Angebote da sein. Denn es kann nicht auch noch den Lehrkräften zugemutet werden, dass sie über die Deputate hinaus zusätzliche Förderung anbieten. Dafür muss man beide Gruppen nochmal qualifizieren, man muss sicherstellen, dass sie über die fachlichen und fachdidaktischen Qualifizierungen verfügen und dass sie in den Dialog mit den Lehrkräften kommen, welche beispielsweise die Kinder am Vormittag sehen. Das heißt, dass diese Zusatzangebote am Nachmittag mit den Wertfesten abgestimmt sind. Denn alles, was wir aus der Forschung wissen, ist, dass solche Zusatzangebote nur dann wirksam werden, wenn sie Hand in Hand mit dem Vormittagsunterricht gehen. Insofern ist die Antwort ja, aber bitte qualifizieren und sicherstellen, dass beide Gruppen sich mit den Lehrkräften abstimmen.

Abg. Svenja Stadler (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Schramm und auch nochmal an Frau Finnen zur Digitalisierung. Es ist im Rahmen der Digitalisierung deutlich geworden, dass vieles möglich ist. Mich interessiert: Was müssten wir verbessern, verändern, um es jedem, abgesehen von der Hardware, zugänglich zu machen, also Schülerinnen und Schülern, aber auch im Bereich des Lehrpersonals? Gibt es Nachholbedarf oder sagen Sie: „Es ist alles total toll und lassen Sie es bleiben, wie es ist.“?

ESV Dario Schramm (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Klar, wenn die Geräte da sind, wäre das ein erster, wichtiger Schritt. Wenn wir dann weiter schauen, dann brauchen wir ein Konzept für die Digitalisierung. Die Digitalisierung ist nicht so, dass wir an einen Punkt kommen, wo wir sagen können, wir haben die Digitalisierung, dann lassen wir alles so, weil es läuft. Daraus müssen wir einen Prozess machen, da Digitalisierung sich verändern wird. Wir müssen in einen Modus mit stetigen Anpassungen kommen. Da kommen wir dann in den Bereich Evaluation. Wie können wir das betreuen? Ohne Frau Finnen die Antwort vorwegzunehmen, aber ich glaube, dass wir immens fördern müssen, dass Lehrerinnen und Lehrer mehr Fortbildungen bekommen. Denn das größte Problem, was ich selber aus der Schülerperspektive in den letzten anderthalb Jahren erlebt habe, war, dass zwar alle in dem Raum das Gleiche wollten, aber es hat einfach



die Kompetenz gefehlt. Das ist nicht vorwurfsvoll gemeint, denn wie sollen Lehrer damit umgehen, wenn es noch nie eine Fort- oder Weiterbildung in dem Bereich gegeben hat. Da gibt es genug Projekt-schulen auch in Brandenburg, sodass man das auch gemeinschaftlich anschauen könnte. Also dass man schaut, Schüler und Lehrer lernen einfach mal gemeinsam. Das sind einfach mal Projekte, die wir in die Hand nehmen müssen und dann kann es klappen.

ESVe **Maike Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Wir brauchen tatsächlich eine Fortbildungsoffensive, da stimme ich Herrn Schramm uneingeschränkt zu. Wir brauchen aber auch Konzepte an den Schulen. Das Problem ist, dass viele Schulen diese Konzepte jetzt aus dem Nichts entwickeln. Ich sage mal, das ist etwas, woran es fehlt. Wir brauchen wirklich eine Unterstützungsstruktur, also Menschen die meinetwegen gute Konzepte haben oder die aus dem Bereich kommen, die anderen Schulen bei der Entwicklung der Konzepte helfen und sie müssen dafür dann auch die Zeit bekommen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Frau Finnern. Das Frage-recht geht nun zur AfD-Fraktion und dort hat der Abgeordnete Tobias Peterka das Wort.

Abg. **Tobias Matthias Peterka** (AfD): Ich hätte folgende Fragen sowohl an Herrn Dr. Schwab als auch an Frau Finnern. Haben Sie Kenntnis davon, dass zum Beispiel bei einem erstmaligen, positiven Test an Schulen, minderjährige Schüler schlussendlich hektisch, ohne Rücksprache mit den Erziehungs-be-rechtigten heimgeschickt wurden? Wie bewerten Sie dieses Vorgehen allgemein? Es herrscht ein riesiger Regelungs- und Aktionismuswust, sei es in den Bundesländern bei den Ministerien, über die Schulämter bis hin zu den einzelnen (Lehrern) und Direktor:innen. Sehen Sie da den Ansatz in Eigen-initiativen vor Ort? Ist das realistisch oder würden Sie da vielleicht auch eine Bundeskoordination befürworten bzw. halten Sie das für realistisch?

ESV **Prof. Dr. Martin Schwab** (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Verfahrens- und Unternehmens-recht, Universität Bielefeld): Ich bekomme viele

Zuschriften von Eltern, von schulpflichtigen Kindern, auch von Lehrkräften, die sich allerdings ganz häufig auf Masken und Tests und nur selten auf Quarantänemaßnahmen beziehen. In den Fällen, in denen mir von Quarantäne berichtet wird, ist das Prozedere immer so: Sobald irgendwo ein positiver Test ist, wird die ganze Klasse nach Hause geschickt und dann werden die Maßregeln in Kraft gesetzt, die das Robert Koch-Institut im Kontaktpersonenmanagement empfohlen hat. Deswegen glaube ich, dass es sogar sowas wie eine bundesweite Koordination gibt, nicht als Regelung, sondern als Handlungsempfehlung seitens des Robert Koch-Instituts. Aus juristischer Sicht, aus dieser bin ich gefragt worden, kann ich dazu nicht viel mehr sagen. Deswegen ist es besser, wenn ich jetzt die Zeit weitergebe.

ESVe **Maike Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Die Schulen haben geregelte Abläufe, wie sie vorzugehen haben, wenn ein Test in einer Klasse positiv ist. Das ist so, dass die ganzen Klassen dann nach Hause geschickt werden. Das hat Herr Schwab gerade auch ausgeführt. An diese Regeln, so ist mein Kenntnisstand, wird sich auch überall gehalten, weil es auch Sinn macht, dieses Vorgehen vergleichbar zu machen.

Abg. **Tobias Matthias Peterka** (AfD): Dann nochmal die Frage an Frau Finnern: Dieser Ansatz: Koordination möglichst weit nach oben oder möglichst weit nach unten, wie sind Ihre Erfahrungen und eigene Einschätzungen?

ESVe **Maike Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Da ist es schon so, dass wir auf jeden Fall die Erfahrung haben, dass vergleichbare Regeln von oben durchaus sinnvoll sind, wenn man sie dann unten umsetzen kann. Ich nehme ein Beispiel: Wir haben häufig das Problem gehabt, dass mit der Quarantäne sehr unterschiedlich umgegangen wird. Wir haben die Fälle gehabt, dass in einer Klasse ein COVID-Fall aufgetreten ist und die Kinder im Nachbarkreis und auch in der Stadt, in der diese Schule war, wohnen. Die beiden Kreise bzw. die Stadt sind sehr unterschiedlich damit umgegangen. Das heißt, das eine Gesundheitsamt hat zwei Wochen Quarantäne



angeordnet und das andere Gesundheitsamt nur fünf Tage. Das ist etwas, was nicht vorkommen darf, weil es aus meiner Sicht die Akzeptanz von Maßnahmen sehr erschwert, wenn sie nicht zumindest nach gleichen Richtlinien erfolgen. Insofern würde ich sagen, ja, wir brauchen schon so etwas wie Vorgaben auf Landesebene, aber auch auf Bundesebene.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Herr Peterka, eine Minute ist noch übrig.

Abg. **Tobias Matthias Peterka** (AfD): Danke, das war sehr interessant; diese würde ich dann insofern weit schenken wollen.

Der **Vorsitzende**: Dann streichen wir die Minute. Dann geht das Fragerecht wieder an die CDU/CSU-Fraktion, die so freundlich war, den Vorsitzenden mit der Erlaubnis zu versehen, ein paar Fragen zu stellen. Ich würde zunächst nochmal gerne das Thema der Übertragungsrisiken durch Kita- und Schulkinder aufgreifen und Herrn Prof. Dittmer fragen. Wir haben gelernt, die STIKO hält bis auf Weiteres erstmal nur etwas von Impfungen, wenn ein besonderes Risiko bei den Kindern besteht. Dann wäre eine Alternativstrategie zu sagen, erwachsene Kontaktpersonen der Kinder, insbesondere die Eltern von schulpflichtigen Kindern, werden bevorzugt geimpft. Ist das richtig oder sehen Sie das anders?

ESV **Prof. Dr. Ulf Dittmer** (Direktor Institut für Virologie, Universitätsklinikum Essen): Vielen Dank für die Frage. Es ist so, dass wir deutschlandweit versuchen, bis vielleicht August oder vielleicht sogar schon Ende Juli allen Erwachsenen ein Impfangebot zu machen. Das würde dann diese Gruppe von Eltern inkludieren. Sicherlich ist es wichtig, hier Kontaktpersonen zu impfen. Wie gesagt, es könnte durchaus sein, dass sich die Empfehlung der STIKO noch verändert, wenn wir aus den Daten der USA sehen, dass es bei den Impfungen von Jüngeren keine Bedenken gibt oder wenn die Risiko-Nutzen-Abwägung bei der Impfung positiv ausfällt, sodass auch hier eine Impfung zumindest für Kinder ab zwölf Jahren empfohlen werden könnte. Das müssen wir einfach abwarten. Anson-

ten hat Herr Rodeck am Anfang schon sehr gut gesagt, dass Kinder wahrscheinlich auch seltener das Virus übertragen. Je älter die Kinder werden, desto mehr gleicht sich das an Erwachsene an. Aber das wird immer noch kontrovers diskutiert. Ich kann darauf verweisen, dass wir in Deutschland nur sehr wenige lange Infektketten in Kitas und Schulen gesehen haben. Das ist das, was wir beobachtet haben: wesentlich weniger lange Infektketten, als das bei privaten Feiern oder ähnlichem der Fall gewesen ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht jetzt eine Frage an Herrn Dr. Rodeck. Ich habe mir nochmal diese S3-Leitlinie und das Thema der Lüftung angesehen. Es ist ein großer Streitpunkt in vielen Schulen, wenn es um die Frage geht, ob mobile Lüftungsanlagen eingerichtet werden sollen. Könnten Sie uns nochmal eine Differenzialindikation für das Thema Lüften, also Durchzug und Lüften mit mobilen Lüftungsgeräten, darlegen? Gibt es dazu hinreichende Erkenntnis?

ESV **PD Dr. Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Die Erkenntnislage ist noch nicht ganz abgeschlossen. Man unterscheidet bei Lüftungen die Durchzugslüftung, das bedeutet, das Fenster auf der einen Seite wird aufgemacht und auf der anderen Seite auch. Der Winddruck auf das Gebäude führt dazu, dass die Raumluft ausgetauscht wird. Das ist natürlich das Effektivste. Das ist aber am 3. Januar 2022 nicht besonders spannend und lustig, weil es dann kalt wird und das ist auch nicht zumutbar. Die Alternative sind die mobilen Luftreinigungsgeräte, die unterschiedliche Technologien beinhalten, die aber noch in Bewertung der Effektivität sind. Hier hängt es von der Filtertechnik ab, die darin verwendet wird, wie effektiv die sind. Es sind aber, wenn Sie so wollen, keine Lüftungsgeräte, weil kein Austausch von Luft stattfindet, sondern es sind Luftreinigungsgeräte in der Terminologie. Damit sind sie natürlich allen Lüftungsmaßnahmen unterlegen. Sie haben aber, hier bin ich auch bei Herrn Schramm, durchaus ihre Berechtigung in der Bewertung, wenn Hochleistungsfilter eingebaut sind, wenn Plasma- und Ionisationsverfahren angewendet werden, dadurch doch ein Beitrag geleistet wird, um Aerosolkontamination zu vermeiden.



Der **Vorsitzende**: Aber dann müsste man sie jetzt bis Mitte Oktober, Anfang November verlässlich in den Schulräumen haben, wo jedenfalls die Witterung es nicht einfach gestattet, zweimal bis dreimal in der Stunde Durchzug zu machen.

ESV PD Dr. **Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Ja, das ist die Konsequenz, die man daraus ziehen muss.

Der **Vorsitzende**: Wissen Sie, ob jemand berechnet hat, welchen Investitionsbetrag wir dafür aufwenden müssen? Ich weiß nicht, ob jedes mobile Lüftungsgerät schon automatisch ausreicht, um einen Raum zu reinigen.

ESV PD Dr. **Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Wir warten auf eine Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene, die diese Frage diskutiert. Die Frage der Investitionsmittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden müssen, geht bei mir an die falsche Adresse. Ich weiß zwar, was die Dinge ungefähr kosten, aber die Spannbreite ist sehr groß und die Qualität der auf dem Markt angebotenen Geräte ist unterschiedlich. Das muss sicher sorgfältig geprüft werden. Dazu kann ich aus meiner Perspektive nichts Entscheidenderes beitragen.

Der **Vorsitzende**: Vielleicht noch eine letzte Frage mit der Bitte um eine kurze Antwort: Es gibt diese vom Bundesumweltamt empfohlenen Messgeräte für die CO₂-Raumluftkonzentration, die, ich sage mal, als repräsentativ gewertet werden für den Aerosolgehalt der Luft. Wie ist hier Ihre Einschätzung? Klar, es gibt sehr aufwendige Geräte, aber es gibt auch welche in der Größenordnung von 90 bis 120 Euro. Die geben die CO₂-Konzentration der Raumluft an, sodass man danach die Lüftung indiziert betreiben kann.

ESV PD Dr. **Burkhard Rodeck** (Generalsekretär Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.): Das ist richtig, hier geht es letztlich auch wieder um die Frage, macht man eine Luftreinigung oder eine Lüftung. Das heißt, wenn ich ein

solches Gerät einsetze, habe ich eine CO₂-Konzentration im Raum, die natürlich dann ansteigt, wenn die Fenster geschlossen sind. Wenn ich gleichzeitig eine Luftreinigungsanlage betreibe, dann ist diese CO₂-Belastung der Luft nicht unbedingt ein Indikator für die Aerosolbelastung durch Viruspartikel.

Der **Vorsitzende**: Gut, herzlichen Dank. Dann gehen wir weiter im Fragerecht zur FDP-Fraktion und das Wort hat wieder Frau Westig.

Abg. **Nicole Westig** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Hofmann. Sie weisen in Ihrer Stellungnahme auf die psychosozialen Folgen der Pandemie für Kinder hin. Wie können hier konkret Maßnahmen an Schulen und in den Kitas ergriffen werden, um diese zu erkennen und wie sollten die Hilfsangebote gestaltet werden?

ESV **Holger Hofmann** (Deutsches Kinderhilfswerk): Wichtig ist, dass wir erkennen, dass wir die Stabilität der Kinder im Auge haben müssen, die Beziehungsarbeit, die notwendig ist, um die Pandemie aufzuarbeiten. Wir müssen, das ist in der Runde noch zu wenig angeklungen, dabei das besondere Augenmerk auf die Kinder aus finanziell benachteiligten Haushalten legen. Die sind die großen Verlierer dieser Pandemie, weil sie einer Mehrfachbelastung unterliegen. Da sind schon Stichworte gefallen, Herr Schramm hatte auf die Wohnungswertzone hingewiesen. Es ist das Wohnungsumfeld, es ist die Unterstützung der Eltern, nicht nur in Hinsicht des Lernens, da sind die bildungsferneren Eltern etwas benachteiligt. Es geht auch um das Ermöglichen von Zugängen zu außerschulischen Maßnahmen. Hier sind es eher die bildungsnahen Familien, die es schaffen, ihren Kindern diese Zugänge zu ermöglichen. Bei den anderen ist der Schwellenwert doch zu hoch. Es sind die Themen Ernährung, Bewegung und das Thema Gewalt spielt eine Rolle. Das macht einfach deutlich, wir brauchen bei diesen Kindern aus finanziell benachteiligten Familien ein spezielles Programm. Wir empfehlen insgesamt dem Thema Kinderarmut mit einem ressortübergreifenden Programm zu begegnen, weil es einfach sowohl beim Städtebau, der Wohnungsbaupolitik als auch bei der Sozialpolitik notwendig ist. Unbedingt sollten wir das Thema



Bildung mit in den Blick nehmen, um dadurch zu ermöglichen, was nicht durch Einzelmaßnahmen bewältigt werden kann. Das ist eine Frage. Sie haben die psychologische Seite angesprochen, die emotionale Seite, was macht die Resilienz? Das ist auch, ich will es positiv benennen, eine Chance, die in dieser Krise liegt. Man kann an einer Krise wachsen und Resilienz ausbilden. Dafür brauchen wir Erkenntnisse, zum Beispiel zum Thema Beziehungsarbeit. Die Zugänge, die ich gerade angesprochen habe, müssen in den Vereinen, in den Betreuungseinrichtungen, in der Jugendarbeit ermöglicht werden. Dafür brauchen wir aber noch einen stärkeren Blick. Wir sollten uns in der Resilienzforschung Gedanken machen, wie wir Kinder stärken können und zu mehr Selbstverwirklichung bringen können. Das Thema Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, Herr Schramm hat es angesprochen, ist ebenfalls wichtig. Wir brauchen verstärkt Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche an Fragen der Pandemiebewältigung zu beteiligen.

Abg. **Nicole Westig** (FDP): Vielleicht auch nochmal ganz kurz von Ihnen eine Einschätzung zur großen Bedeutung der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Entscheidungsfindung. Sie haben die mangelnde Einbeziehung erklärt. Deswegen hätte ich gern dazu Ihre Einschätzung und die Einschätzung zu dem Thema hätte ich gerne auch noch von Herrn Schramm, wenn das zeitlich passt. Wie kann man Kinder und Jugendliche künftig besser in die Entscheidungen einbeziehen?

ESV **Holger Hofmann** (Deutsches Kinderhilfswerk): Es ist zunächst wichtig, dass wir deutlich machen, welche Möglichkeiten die Beteiligten in der Schule, im Hort, in der Kita und der Jugendarbeit haben, denn diese sind unterschiedlich. Noch immer fehlt es an einem gemeinsamen Verständnis, dass man hier an einer gemeinsamen Aufgabe der Demokratieentwicklung arbeiten muss. Letztendlich müssen auch in der Kommune, in den Lebensorten Möglichkeiten geschaffen werden. Ich nehme das Stichwort, um der Zeit gerecht zu werden, Beschwerdemanagement in einer Kommune. Da gibt es den Vertrauenslehrer, da gibt es das Kinderbüro, da gibt es vielleicht ein Kinder- und Jugendparlament, aber es fehlt an einer Zusammenarbeit. Hier brauchen wir sozusagen ein Konzept, nicht nur auf Einrichtungsebene für Beschwerdemanagement, sondern auf kommunaler Ebene.

ESV **Dario Schramm** (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Weil ich davon ausgehe, dass ich nur noch ein paar Sekunden habe, ist meine Aussage ganz klar: Kinder und Jugendliche bzw. alle Betroffenen müssen immer vor einer Entscheidung einbezogen werden, wenn es um Fragen ihres Bereichs geht. Das ist der ganz einfache, simple Ansatz. Sobald alle an Entscheidungsfindungen beteiligt sind und nicht erst im Nachhinein, wenn die Entscheidung schon feststeht, haben wir was Gutes geschaffen. Das muss der ganz klare Grundsatz sein.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Schramm, sekundengenau getroffen. Dann geht das Fragerecht wieder an die Fraktion DIE LINKE. und Frau Dr. Gesine Löttsch hat das Wort.

Abg. **Dr. Gesine Löttsch** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich möchte meine Frage an Herrn Hofmann richten. Er hat gerade dargestellt, dass finanziell benachteiligte Kinder und ihre Familien besondere Lasten zu tragen haben. Ich will aber auch auf den Aspekt seiner Stellungnahme eingehen. Sie haben beschrieben, Herr Hofmann, dass viele Schuleingangsuntersuchungen und auch andere Untersuchungen in den vergangenen anderthalb Jahren nicht stattgefunden haben. Was sind aus Ihrer Sicht die Folgen daraus und was muss sich ändern?

ESV **Holger Hofmann** (Deutsches Kinderhilfswerk): Ich habe im Vorfeld dieser Sitzung versucht, mir eine Datengrundlage zu beschaffen. Es ist mir leider nicht so gut gelungen. Ich konnte nur herausfinden – in Hamburg gibt es Zahlen –, dass tatsächlich ein Drittel der Eingangsstudien im vergangenen Jahr nicht stattgefunden haben. Das ist eine erhebliche Zahl, wenn man berücksichtigt, dass bei den Eingangsstudien normalerweise ein Viertel der Kinder eine Förderempfehlung bekommt. Da kann man hochrechnen, wie viele Kinder statistisch gesehen einer Förderempfehlung entgehen. Die treffen auf einen Schulunterricht, der aufgrund der Pandemie sowieso belastet ist. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich plötzlich mit Situationen auseinandersetzen, dass Kinder zum Beispiel aufgrund von Hörproblemen nicht



verstehen, was sie vorne an der Tafel erzählen, respektive keinen Stift halten können. Wir können nur empfehlen, da es in einer Entwicklungszeit von Kindern immer Phasen gibt, in denen sich bestimmte Fähigkeiten herausbilden, dass man diese Schuleingangsuntersuchung nicht über Bord wirft und sagt, wir machen damit erst im nächsten Jahrgang weiter. Denn dieser Jahrgang braucht jetzt diese Untersuchung, damit wir feststellen, welche Förderbedarfe gibt es überhaupt. Wir dürfen das nicht sich selbst überlassen, dass der (Bedarf) von selbst und dann zu spät zu Tage tritt.

Abg. **Gesine Löttsch** (DIE LINKE.): Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Schramm. Schule und lernen ist das eine, die Freizeit, das Ausleben und Ausprobieren in der Freizeit ist das andere. Nun haben wir gerade eine Situation, dass sich die Regeln ständig ändern, teilweise auch ausgelegt werden, wie sie vielleicht gar nicht auf dem Papier stehen – Großeinsätze von der Polizei oder Ordnungsämtern in Parks, wo sich Menschen versammeln. Welche Forderungen oder Vorschläge haben Sie gerade was den Freizeitbereich betrifft?

ESV **Dario Schramm** (Generalsekretär Bundesschülerkonferenz): Ich glaube, dass wir grundsätzlich strukturierter vorgehen müssen, vor allem auch, wenn es um die Frage geht, was gilt denn jetzt eigentlich? Ich bin selber das ein oder andere Mal in die Situation gekommen, dass man sich mit mehreren Freunden abends getroffen hat. Man stand zusammen und hat die erste halbe Stunde damit verbracht, dass man sich überlegt hat, ist das überhaupt in Ordnung oder in welcher Konstellation und was müssen wir jetzt gerade bedenken? Dann habe ich bei mir in der Kommune Situationen erlebt, wo selbst das Ordnungsamt überfordert war, weil die durch das ständige Wechseln der Vorschriften nicht mehr wussten, worauf zu achten ist. Das ist der erste Punkt, dass man eine Klarheit hat und diese den jungen Menschen auch ganz einfach zugänglich macht, damit sie die Regeln kennen. Denn, das ist für mich wichtig zu betonen, die jungen Menschen wollen sich an die Regeln halten. Es gab auch das ein oder andere Mal den Vorwurf, junge Menschen sind sozusagen die Superspreeder, die nur Party machen. So habe ich das nicht wahrgenommen. Wir werden mehr vernünftigen Infektionsschutz gewährleisten, wenn alle wissen, was

gilt, wo darf ich was wie machen. Denn es ist daran gescheitert, dass einfach nicht klar war, wie die Rechtsgrundlage aktuell ist.

Der **Vorsitzende**: Noch 30 Sekunden.

Abg. **Gesine Löttsch** (DIE LINKE.): Diese gehen an die Vertreterin der GEW, Frau Finnern. Wie sinnvoll ist aus Ihrer Sicht Nachhilfeunterricht in den Ferien statt Erholung?

ESVe **Maike Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Ja, das habe ich deutlich gemacht: nicht sinnvoll. Es geht um einheitliche Bildungsangebote. Die muss es geben, damit Kinder und Jugendliche wieder Strukturen bekommen und damit sie andere Kontakte haben, aber Nachhilfe allein ist nicht sinnvoll.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Dann kommen wir zur letzten Runde in dieser Anhörung und die betrifft die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Schulz-Asche hat vier Minuten.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an zwei Experten, nämlich an Herr Hofmann vom Kinderschutzbund und an Prof. Köller und zwar hinsichtlich der Empfehlungen in Ihren Stellungnahmen. Wie würden Sie sich ein gutes Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen vorstellen, um dieses zu erreichen?

Der **Vorsitzende**: Wir können zunächst Herrn Hofmann hören. Leider hat Prof. Köller wegen eines Anstusstermins uns jetzt sehr pünktlich um 12 Uhr verlassen müssen. Er ist nicht mehr im Netz. Wir hören erstmal Herrn Hofmann, dann können Sie entscheiden, wer sonst noch gefragt wird. Herr Hofmann.

ESV **Holger Hofmann** (Deutsches Kinderhilfswerk): Danke. Man verwechselt uns leicht, Kinderhilfswerk nicht Kinderschutzbund – nur der Richtigkeit halber. Wenn wir an eine Maßnahme denken, die auch ein nationales Programm betrifft, dann macht



es deutlich, wir brauchen nicht nur ressortübergreifende Anstrengungen, wir brauchen diese auf allen Ebenen übergreifend, denn wir stehen vor Herausforderungen. Wir erleben es mit dem Bildungsthema immer wieder, ich will jetzt das Föderalismus-thema nicht aufmachen. Wir brauchen ein gemeinsames Arbeiten, die Akteure müssen bei bestimmten Themen an einen Tisch und müssen nach Lösungen suchen. Ich glaube, dass es immer da gut möglich ist, wo die Kommunen mitwirken können und wo der Bund auch die Kommunen direkt unterstützen kann. Hier sehe ich zahlreiche Möglichkeiten, schulische Sozialarbeit wäre eine, wo auch mit dem Aufholprogramm ein Akzent gesetzt wurde. Die 200 Millionen Euro, die vorgesehen sind, reichen bei Weitem nicht aus, um in der Breite etwas zu schaffen. Ich sehe auch gute Möglichkeiten bei dem Thema Fort- und Weiterbildung oder Sensibilisierung. Wir brauchen für die Akteure vor Ort, auch für die Erzieherinnen und Erzieher erst einmal die Unterstützung dabei, wie sie mit Kindern und Jugendlichen umgehen sollen, die in dieser Pandemie Folgeerscheinungen, auch psychologische und physiologische Folgeerscheinungen haben. Hier braucht es Unterstützung, die kann der Bund leisten.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Dann geht meine zweite Frage an Frau Finnern von der GEW. Und zwar möchte ich fragen, ob eine starke Unterstützung des Bundes in Hinsicht auf die Hochschulen gewünscht ist. Meine Kollegin hatte bereits eine Frage zu den Studierenden gestellt. Ich möchte jetzt fragen, wo haben Sie Unterstützung von Forschungsvorhaben, also zum Beispiel durch eine Digitalisierungspauschale oder andere Formen von finanzieller Unterstützung seitens des Bundes für Projekte gesehen, wo die Fortsetzung der Forschung durch die Pandemie gefährdet ist? Welche Möglichkeiten sehen Sie da?

Der **Vorsitzende**: Bitte sehr, Frau Finnern, in circa 60 Sekunden sollten Sie es beantworten.

ESVe **Maïke Finnern** (Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)): Ich probiere es. Aus unserer Sicht greift eine Projektunterstützung zu kurz, sondern man muss hingehen, dass

man das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, dass man die Unterstützung über den Zukunftsvertrag stützt und Lehre deutlich ausbaut und verstetigt. Denn aus unserer Sicht kann Lehre und Forschung nur dann gut gelingen, wenn es nicht immer nur zeit- und projektbasiert ist, sondern wenn wir Dauerstellen daraus rekrutieren können. Das geht nur über diese dauerhafte Unterstützung. Es ist unser Anliegen, dass der Bund dauerhaft über den Zukunftsvertrag mitfinanziert.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, das hat es genau getroffen. Dann sind wir mit dieser Anhörung zu Ende. Ich will nochmal sagen, dass die Entscheidung darüber, welche Einzelsachverständigen und welche Organisationen eingeladen werden, sich aus den Entscheidungen, die in den Fraktionen getroffen werden, ergibt. Manchmal war die Frage, warum ist dieser und jener nicht dabei. Es liegt daran, dass die Präferenzen der Fraktionen auf Sie gefallen sind, und wir dem komplett folgen. Es gibt nicht irgendeine Entscheidung des Vorsitzenden, der dann sagt, aus wissenschaftstheoretischen Gründen fehlen uns noch zwei oder drei Sachverständige, die wir gerne noch dabei hätten. Nein, es sind genau die eingeladen, die die Fraktionen dem Pandemiebegleitgremium zu Gehör bringen wollen, nur damit das einmal klar gesagt ist. Ich danke Ihnen sehr für die Zeit, die Sie uns gewidmet haben. Noch mehr für die vielen klugen Antworten, die Sie uns gegeben haben. Danke allen Kolleginnen und Kollegen dafür, dass Sie so viele kluge Fragen gestellt haben. Ich darf schließen mit dem Hinweis darauf, dass wir heute in einer Woche am 8. Juli 2021 uns erneut in einer öffentlichen Anhörung mit der Thematik befassen. Da geht es um langfristige Konsequenzen für das Gesundheitssystem, gewissermaßen um das, was wir daraus gelernt haben. Der Plan ist, dass um 10:30 Uhr die Übertragung im Parlamentsfernsehen beginnt. Falls Sie sich dann dazu schalten sollten, freue ich mich darauf, Sie wiederzusehen. Allen anderen sei herzlich gedankt. Bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist geschlossen.



Schluss der Sitzung: 12:19 Uhr

gez.

Rudolf Henke, MdB

Vorsitzender